

## **V. Reiseerfahrungen**

**Berlin ist immer quer über die Geleise gegangen**



## **1. Landschaft, Häuser, Menschen – warum und wie Politik die Haut der Stadt verändert**

### **1.1 Beobachtungen sind Beobachtungen**

Berlin ist eine politische Stadt: Das hat die Reise mit ihren drei Erkundungen unzweifelhaft zu Tage gebracht. Auf allen Etappen der Reise war das Politische als einflussreicher, oftmals dominierender Faktor zu beobachten. Das Wort „beobachten“ ist hier entscheidend, denn es bezieht sich auf die Gegenwart und die Vergangenheit – und nur darauf. Das beugt bei einer Bilanz falschen Erwartungen vor, denn die Beobachtungen zum „Gesetz“ zu erklären und daraus Prognosen und Handlungsanweisungen für die Zukunft abzuleiten, wäre ein fahrlässiger Fehler. Was in den Naturwissenschaften als Gesetz gilt, gibt es in den Sozialwissenschaften nicht.<sup>1004</sup>

Gerade die Entwicklung Berlins zeigt, wie wechselhaft und unkalkulierbar die Entwicklung von Städten sein kann. Wer, zum Beispiel, hätte am 8. November 1989 wirklich geglaubt, dass am nächsten Tag die Mauer fallen würde? Vorhersagen verbieten sich also und es geht hier nicht um die Postulierung von „Gesetzen für Metropolen“, sondern um Erklärung: Warum ist Berlin eine politische Stadt? Was bedeutet das? Was lässt sich mit dieser Erkenntnis anfangen?

### **1.2 Industrielandschaft, Parks und Trümmerberge**

Die erste Etappe führte durch das „Reizklima – zwischen kultivierten Sümpfen und Trümmerschutt“. Drei prägende Einflüsse fielen hier auf:

- Das wichtigste, die Landschaft durch den Menschen verändernde Faktorenbündel waren die großen, gesellschaftlichen, stets politisch relevanten Trends und Strömungen, allem voran die industrielle Revolution und die daraus resultierende Aufteilung der Stadt in Arbeits- und Wohnquartiere sowie die entsprechenden Infrastrukturen und Verkehrsflächen. Trotz aller Wandlungen ist die vor der Industrialisierung in den Stadtgrundriss gestanzte Grundform nach wie vor deutlich erkennbar.

Ähnliche Vorgänge lassen sich zwar in nahezu jeder größeren europäischen Stadt beobachten. Aber Berlin unterscheidet sich hier zum einen durch die regionale, dezentrale, im 19. Jahrhundert gründende Ausprägung dieser Entwicklung und zum anderen dadurch, dass die Stadt von 1933 bis 1990 von den in-

ternationalen Entwicklungen teilweise abgeschnitten war und eine Reihe von europäischen Modernisierungsprozessen nicht oder nur in Teilen nachvollzogen hat. Die Folge ist eine einmalige Stadtlandschaft. Jene weltweit überall zu beobachtende Zersiedlung des Stadtumlandes ist fast vollständig an Berlin vorübergegangen und selbst das, was seit 1990 entstand, ist bislang nur ein mildes Echo jener Entwicklung, die nach dem Zweiten Weltkrieg fast alle Städte erfasste. Es gibt wohl keine zweite Stadt dieser Größe mit einem so starken Kontrast zum wenig besiedelten Umland.<sup>1005</sup> Wie ein trotziger Monolith liegt Berlin in einer wenig besiedelten Gegend, eine provisorisch zusammengeschusterte Siedlerstadt mitten im wilden Osten.

- Das zweite Faktorenbündel umfasst die aktiven Versuche, die Landschaft der Stadt zu gestalten. Dazu zählen Entscheidungen, bestimmte Gebiete zu besiedeln und andere unbebaut zu lassen und als Parks oder Grünflächen zu gestalten oder sich selbst zu überlassen. Bezeichnenderweise sind es oft diese Parks und Gärten, die sich als ein charakteristisches Markenzeichen einer Stadt einprägen, wie der Hyde Park in London, der Englische Garten in München oder der Central Park in New York City. Berlin spielte bei der Etablierung solcher städtischen Naturlandschaften im 19. Jahrhundert eine internationale Vorreiterrolle und profitiert noch heute von den damals in großer Zahl als Parks angelegten Grünflächen. Dass sich die damals begründete Tradition in Berlin erhalten hat und besonders gepflegt wird, lässt sich durch drei Gründe erklären: Erstens ist die im 19. Jahrhundert entstandene Tradition, Volksparks anzulegen durchgehend im Bewusstsein der Bevölkerung als hoher Wert verankert geblieben und von den städtischen Eliten gepflegt worden. Zweitens gab es durch den Entstehungsprozess der Stadt, die aus zahlreichen Städten und Dörfern erst 1920 zusammenwuchs, tatsächlich auch die Möglichkeit, immer wieder Grünflächen zu gestalten. Drittens wurde die Stadt durch die Spaltung und die Mauer für mehr als eine Generation zu dem wohl kuriosesten Biotop in Europa, das mit dem Mauerstreifen über eine riesige „Grünfläche“ in der Stadt verfügte.
- Der dritte, die Natur gestaltende Faktor findet sich in dieser Dimension in keiner anderen Stadt. Gemeint sind die aus 70–90 Millionen Kubikmeter Schutt des Zweiten Weltkriegs aufgeschütteten Trümmerberge. Nirgendwo sonst gibt es so viele und nirgendwo sind sie so groß.

Ähnliche Faktoren lassen sich natürlich auch in anderen Städten beobachten. Was Berlin hier unterscheidet, sind Vielfalt, Zahl und Dimension solcher Einflüsse – von der bewussten Gestaltung der Volksparks als Teil eines politischen Programms

über die Trümmerberge als ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges bis zur Erhaltung einer harten Stadtkante als Nebenprodukt der Teilung. Die besondere Gestalt der Berliner Naturlandschaft erklärt sich neben der Geographie also zu einem erheblichen Teil durch die historisch-politische Entwicklung der Region.

### **1.3 Politische Grundrissasymmetrien, symbolhaltige Solitäre und bedeutungsvolle Debatten**

Die zweite Etappe folgte der „Spur der Steine“ und durchquerte „die Wüste der verlorenen Solitäre“. Auch hier sind politische Prozesse als gestaltender Faktor deutlich zu beobachten. Der früheste, noch heute im Stadtbild ablesbare politische Konflikt datiert Mitte des 15. Jahrhunderts. Bis dahin war Berlin eine märkische Handelsstadt von regionaler Bedeutung. Als die Landesherrn mit dem Bau eines Schlosses ihre Machtansprüche gegenüber der Stadt durchsetzen wollten, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Stadtbevölkerung. Die wehrte sich vergeblich, am Ende setzten die Landesherrn ihren Anspruch durch und bauten ihr Schloss. Für die Stadtgestalt hatte das weitreichende Folgen: Fortan standen die mittelalterliche Stadtstruktur und der neue Schlossbezirk konträr zueinander und schufen in der Stadtmitte eine Grundrisskonstellation, die es so in einer europäischen Metropole kein zweites Mal gibt. In gewisser Weise war der Bau des Schlosses eine Art Neugründung der Stadt, besser die Gründung einer weiteren Stadt am Stadtrand der mittelalterlichen Siedlung Berlin/Cölln.

In den meisten anderen, von Landesherrn zu Residenzen erhobenen Städten verlief der Prozess anders: Dort war die landesherrliche Macht groß genug, um die jeweilige Stadt regelrecht „zu übernehmen“ und nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dazu erwiesen sich die Landesherrn in Berlin als zu schwach. Sie realisierten eine Art „fürsorgliche Belagerung“, setzten auf Zeit und übernahmen das alte Berlin schrittweise durch die Ergänzung um einen neuen Stadtbezirk.

Die eigentümliche Gestalt des Schlossplatzes und der Straße Unter den Linden leiten sich direkt aus diesem politischen Konflikt ab. Sind zahlreiche europäische Residenzen in ihren Zentren oft streng symmetrisch angelegt oder überformt,<sup>1006</sup> stößt der Boulevard Unter den Linden in einem vollkommen ungewöhnlichen Winkel auf den Schlossplatz. Allein durch die Topographie ist das nicht zu erklären. Aber die Topographie in Verbindung mit dem Konflikt um die Herrschaft in der Stadt macht die seltsame Lage des zentralen Stadtplatzes und des Boulevards Unter den Linden einsichtig:<sup>1007</sup> Bei Baubeginn wandte sich das Schloss bewusst von der mittelalterli-

chen Stadt ab. Das schloss die Anlage von Straßen Richtung Osten und Süden aus. Nach Norden erschwerte das Ende der Spreeinsel die Entwicklung. blieb die Orientierung und Expansion nach Westen. So entstand ein zunächst gedankliches, aber sehr raffiniertes und wie sich zeigen sollte tragfähiges Raster für Erweiterungen. In dessen vorerst fiktiver Mitte würde das Schloss langfristig zum Zentrum und Mittelpunkt der Stadt werden. So kam es, und rund 500 Jahre füllte das Schloss diese Rolle dann auch aus. Seit seiner Beseitigung ist diese Lücke nicht geschlossen.

Das führt zu einer zweiten politischen Betrachtung dieses Areals, die mit der Entwicklung im frühen 19. Jahrhundert zu tun hat, als der Platz erneut Gegenstand intensiver Diskussionen war. Die Anfänge dieser Auseinandersetzungen reichen ins späte 18. Jahrhundert zurück, als eine Debatte über ein Denkmal für Friedrich den Großen entbrannte. Ein dazu ausgerufenen Wettbewerb inspirierte zahlreiche Baumeister und Künstler zu ungewöhnlichen Entwürfen. Die spiegelten deutlich die aktuellen Strömungen der Zeit mit der Entstehung des Bürgertums und der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution. Zum ersten Mal werden die Ideale des Bürgertums als das Stadtbild gestaltende Kraft spürbar. Dieser Anspruch geriet in den Konflikt mit den bestehenden politischen Eliten. Das preußische Königshaus war durch die politischen Konflikte und Herausforderungen deutlich überfordert und hatte kein wirksames Konzept, um auf die neuen Herausforderungen überzeugend zu reagieren. Es entstand ein Vakuum. In dieser Situation avancierten Architektur und Städtebau zum Ersatzschauplatz, auf dem nach jenen Lösungen für die Zukunft gesucht wurde, die die Politik nicht bieten konnte.

Nachdem der Wettbewerb über das Denkmal Friedrichs II. vorerst keine realisierbaren Ergebnisse gebracht hatte, konzentrierten sich zahlreiche Baumeister darauf, ihre Ideen in die Gestaltung Berlins einfließen zu lassen. Vor allem Karl Friedrich Schinkel lieferte zahlreiche innovative Entwürfe. Besonders interessant sind seine Versuche, einen baulichen Ausdruck für das Bürgertum zu finden. Seiner Auseinandersetzung mit dem Schlossplatz, dem zentralen Platz der preußischen Hauptstadt, kommt hier eine Schlüsselstellung zu. Formal ging es dabei um ästhetische und künstlerische Fragen, etwa darum, wie sich das Alte zum Neuen verhält und welche Gebäude das Schloss also angemessen ergänzen. Inhaltlich waren bis dahin jene Kräfte mit Bauten am Schlossplatz vertreten, die die preußische Gesellschaft stützten: Das Schloss symbolisierte die politische Macht der Monarchie, der Dom stand für die Kirche und das Zeughaus für das Militär. Die Auseinandersetzung, wie dieses Areal zu ergänzen sei, war also auch eine Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft und jene Kräfte, die sie künftig stützen würden. Mit der Entscheidung

für das Museum als „Kathedrale des Bürgertums“ wurde diese neue Schicht in den Kreis der gesellschaftlich relevanten Kräfte aufgenommen. Ein eminent politischer Vorgang – in doppelter Weise:

- Die Entscheidung für den Standort des Baus am Schlossplatz bedeutete eine zumindest symbolische Anerkennung des Bürgertums, die ihm in Fragen politischer Gleichberechtigung vorerst noch versagt blieb.
- Die architektonische Gestaltung des Museums mit dem Rückgriff auf griechische Stilelemente und deren Neuinterpretation war wiederum inhaltliches Statement. Mit jenem merkwürdigen „griechischen Tempel“, der auf die Antike verwies und doch eine neue und ganz eigenständige Interpretation griechischer Ideale darstellte, war am Schlossplatz ein erster Verweis auf die Demokratie etabliert. Er war nichts anderes als eine Hoffnung auf die Zukunft und kann als Forderung einer weitergehenden Anerkennung des Bürgertums verstanden werden.

Schinkels Leistung bestand darin, beide Aspekte in einer Symbiose zu verschmelzen: eine ästhetisch moderne Städtebau- und Architekturvision und ein politisches Versprechen. Das war ein intelligenter, die Möglichkeiten eines Baumeisters fast überreizender Kompromiss. Doch so raffiniert er auch war, er enthielt Risiken – formal und inhaltlich:

- Das formale Risiko bestand darin, auf historische Stilelemente zurückgreifen zu müssen, um zu der gewünschten Wirkung zu kommen. Insofern war das Museum gekonnt und klug „gesampelt“, aber es war eben ein Rückgriff. Den Ansprüchen, einen eigenen Stil zu entwickeln, genügte das eigentlich noch nicht. Erst die Bauakademie war in dieser Hinsicht der epochale Durchbruch, ein radikaler, verlorener Solitär, der die Zeitgenossen und ihre Nachfahren bis ins 20. Jahrhundert irritierte.
- Inhaltlich gab das auf das Altertum und damit auf die griechische Demokratie anspielende Museum ein Versprechen, das die preußische Monarchie nicht einhalten wollte. Insofern erwies sich das Museum als ungedeckter Scheck auf die Zukunft.

Der faszinierende Weg endete in einer Sackgasse: Architektonisch bedeutete der Versuch, einen in seiner Grundsubstanz gesellschaftlichen und politischen Anspruch baulich auszudrücken, eine Überforderung der Städtebaukunst. Gebäude wurden in der Folge zum Teil so stark mit Bedeutung aufgeladen, dass sie diese Ansprüche fast zu erdrücken schienen. Inhaltlich blieben Ausdruckswille und Ges-

taltungskraft ohne Entsprechung, denn die Demokratie, wenigstens eine Demokratisierung der preußischen Monarchie stand nicht auf der Tagesordnung. Insofern füllten Baumeister und Künstler wie Schinkel mit ihren Ideen ein Vakuum. So eindrucksvoll ihre Antwort auf die Herausforderungen auch heute noch ist, das dahinter stehende Kernproblem blieb ungelöst.

Deutlich wird an diesem Beispiel die enge Verknüpfung von Politik, Städtebau und Architektur und ihre Abhängigkeit voneinander. Beeindruckend ist das Beispiel auch, weil es bis heute keine zweite Auseinandersetzung über den zentralen Platz der Hauptstadt gab, die diese Qualität und Tiefe erreichte. Nachdem die Demokratie endlich drei Generationen später in den Wirren von Kriegsende, Revolution und Bürgerkrieg entstanden war, wusste die Weimarer Republik nicht viel mit dem Platz anzufangen. Baulich ließ sie ihn, wie er war. Der Nationalsozialismus beachtete den Platz ebenfalls wenig und konzentrierte sich auf das gigantische Achsenkreuz seiner abstrusen Welthauptstadtvision mit Schnittpunkt am Brandenburger Tor. Erst die DDR griff die symbolische Bedeutung des Ortes wieder auf und ersetze die vorgefundenen Bauten und Ruinen durch eine eigene Vorstellung. Sie hielt genau eine Generation.

Das wiedervereinigte Deutschland beseitigte einerseits die DDR-Gestaltung, weiß andererseits aber bis heute nichts anderes mit dem Platz anzufangen, als ihn – polemisch formuliert – zum Museum auszustopfen. Die gesamte Debatte der neunziger Jahre kreiste fast ausschließlich um städtebauliche und architektonische Fragen. Über eine „irgendwie“ kulturelle Nutzung als „Bürgerhaus“, was immer das sein mochte, oder als Museum und Bibliothek mit Schlossfassade herrschte von Beginn ein Konsens zwischen allen Akteuren. Schloss oder Nicht-Schloss – an dieser Alternative entzündete sich die Debatte, und genau das ist der entscheidende Punkt, der die bislang unbefriedigenden Ergebnisse erklärt. Die Gesellschaft war in dieser Debatte präsent durch politische „Entscheider“, vertreten durch Bund und Land, nicht aber als Inhalt oder gar als Vision.

Die immer wieder neu geführte Auseinandersetzung über den Schlossplatz macht klar, wie unfertig dieser Platz seit Beginn des 19. Jahrhunderts war und ist. In dieser Hinsicht ist er ein Beispiel für die gesamte Stadt, wie die Erkundung durch die „Spur der Steine“ verdeutlicht hat. Natürlich lässt sich dagegen einwenden, dass alle europäischen Metropolen immer wieder umgebaut, erweitert und um einzelne Bauten oder Ensembles ergänzt wurden. Auch radikale Einschnitte hat es in anderen Städten gegeben, etwa Haussmanns Städtebaukonzept für Paris oder der Wiederaufbau der zerstörten Warschauer Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg. Die



Einwände sind gerechtfertigt. Dennoch lässt sich keine zweite europäische Metropole finden, deren Zentrum seit dem 19. Jahrhundert in so hohem Maße Gegenstand städtebaulicher und architektonischer Entwürfe, Auseinandersetzungen und Umbauten war. Dahinter stand stets das Bemühen, sich zu großen gesellschaftlichen und politischen Strömungen zu verhalten, sie zu verkörpern oder auch sie abzulehnen. Fast alle politischen Systeme nutzten die Stadt und insbesondere das Zentrum, um ihr Selbstverständnis auszudrücken.

Die dichte Abfolge von Staatssystemen, die die Stadt als Plattform für ihre Entwürfe nutzten, hat sichtbar ihre Spuren hinterlassen. Das erklärt die Zerrissenheit des Stadtbildes, die Lücken und Brücken, das schroffe Nebeneinander unterschiedlichster Baustile, nicht nur, aber am auffälligsten in Mitte. So erweist sich die Politik als der einflussreichste „Bauherr“ der Stadt Berlin. Drei Aspekte sind dabei entscheidend:

- die Vorschriften und Verfahren, die das Baugeschehen regeln und so das Gesicht der Stadt mit prägen
- die Bauten, die ein politisches System für seine Organe errichtet – und davon hatte Berlin im 20. Jahrhundert fünf, Revolutionen und Besatzungszeit nicht mitgerechnet
- die Visionen, die eine Gesellschaft und ihr politisches System verkörpern und versuchen auszudrücken

Anschaulichkeit und Sinnlichkeit machen Architektur und Stadtplanung für die Politik besonders interessant. Sie erlauben es, einen Stil auszudrücken, einen Geist zu verkörpern und das eigene Selbstverständnis zu veranschaulichen. Das wiederum lädt vor allem die öffentlichen Gebäude mit einer Bedeutung auf, die ihre Materialität weit übersteigt. So gesehen ist das Reichstagsgebäude eben nicht nur ein Haus, in dem Menschen Papiere verfassen und lesen, Diskussionen geführt und Entscheidungen getroffen werden, sondern es ist die anschauliche Verkörperung des Souveräns. Durch das Gebäude wird Politik „anfassbar“ und „erlebbar“. Der Aufstieg auf die Kuppel, den zu unternehmen täglich tausende Bürger lange Wartezeiten in Kauf nehmen, ist weitaus mehr als das Erklimmen eines Aussichtspunktes in einem touristischen Besuchsprogramm: Er ist die sinnliche Begegnung mit dem Parlament, die den Eindruck und in gewisser Weise auch die Identifikation von Bürgern mitbestimmt.

Zu Erlebnissen dieser Art – die oftmals so wichtig wie die Bauten selbst sind – zählen die Debatten über einzelne Gebäude und Areale. Die Auseinandersetzung

um das Reichstagsgebäude ist dafür ein gutes Beispiel. Die Diskussion um die Verhüllung durch das Künstlerehepaar Christo und Jeanne-Claude und der Umbau durch Sir Norman Foster hat die Sicht auf den Bau und seine Wahrnehmung deutlich, ja dramatisch verändert. Der Jahrzehnte an der Mauer wie abgestellt wirkende „graue Kasten“ schwebte im Sommer 1995 plötzlich für einige Tage wie ein leuchtender Eisberg in der Mitte und avancierte zum Kunstwerk. Selten hat es eine so freundliche, ja heitere Auseinandersetzung in Deutschland gegeben. Diskutiert wurde, nachdem alle Grundsatzfragen beantwortet waren, allenfalls die Frage, was für eine Art von Kunstwerk das sei, nicht aber, dass es eines war. Der anschließende Umbau des Hauses nach Plänen von Sir Norman Foster erhielt dadurch eine hohe Aufmerksamkeit. Fast schien es, als drückte das umgebaute Parlament am trefendsten aus, was zur gleichen Zeit als Diskussion über die neue „Berliner Republik“ durch die Öffentlichkeit geisterte. Wie in jener unabgeschlossenen Auseinandersetzung über ein neues Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland ging es beim Umbau des Parlaments um die Verbindung alter und neuer Elemente. Der Reichstag wurde schließlich ein hochmodernes Haus mit historischer Fassade und einer Kuppel, die, architektonisch modern ausgeführt, Tradition und Moderne nach außen weithin sichtbar verband. So ist der Reichstag vielleicht genau der Parlamentssitz geworden, den die Bundesrepublik ertragen konnte und verdiente. Dem Haus ist anzusehen, dass um seine Gestalt lange gerungen wurde – und in diesem Fall ist das ein Kompliment. Diese Debatte, um zum Ausgangspunkt zurückzukehren, ist jedenfalls Teil des Hauses, sie ist mit ihm verknüpft und bleibt abrufbar.

Beide Aspekte – die Bedeutung von Bauten und die Debatten darüber – sind politisch bedeutsam:

- Diskussionen über Architektur und Stadtplanung eignen sich trefflich als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Oftmals sind politische Themen nicht klar fassbar. Diskussionen über Gestaltung erlauben es, zu einer Konkretisierung zu kommen. So helfen Auseinandersetzungen – in Grenzen – über Architektur und Städtebau, das eigene Selbstverständnis zu definieren.

Berlin mit seiner weiten, offenen und brüchigen Stadtlandschaft eignet sich in hohem Maße als Plattform, die oben erwähnten Prozesse auch zu realisieren. Hier lässt sich nicht nur planen und diskutieren, es kann auch gebaut werden. München, Hamburg und viele andere Städte sind im Prinzip „fertig“ und die Spielräume zur Gestaltung sind eher gering. Dort geht es in der Regel um Detailkorrekturen, allenfalls um die Neugestaltung einzelner Areale. In Berlin ist das anders. Im 20. Jahrhundert war Berlin fünf Mal Hauptstadt deutscher

Staaten, jedes Mal verbunden mit über die Stadt hinaus ausstrahlenden Ansprüchen an Repräsentation. Dazu kam die Möglichkeit, diese Ansprüche durchzusetzen: Es gab die politische Macht dazu und es gab Raum. Im Zweifel war die politische Durchsetzungsfähigkeit groß genug, den entsprechenden Platz zu schaffen. Durchsetzungswillen und Gestaltungsraum erzeugten wiederum eine Dynamik, die binnen kurzer Zeit sichtbare Änderungen erzielte.

- Die Bedeutung der Stadt als Subjekt ist bei Städteplanung und Architektur schwerer zu bewerten. In dieser Hinsicht bewegte sich die Stadtgestaltung im Spannungsfeld von Zentralgewalt, heute der Bund, und Kommune, heute das Land Berlin sowie die Bezirke. Die Wechselbeziehungen und der Einfluss der einzelnen Kräfte lassen sich nur am Beispiel sinnvoll beschreiben und das würde diese Überlegungen sprengen. Die Querschnittsbetrachtung erlaubt immerhin die These, dass die Zentralgewalten der Stadt auf Dauer in Sachen Gestaltungskraft stets überlegen waren. Der Kommune selbst gelang es nur selten, starke Akzente zu setzen. Der Bau des „Roten Rathauses“ als Kontrapunkt zum Schloss und die innovativen Wohnungsbauprojekte in den zwanziger Jahren zählen zu den wenigen überzeugenden Beispielen.

Die Reise durch die „Spur der Steine“ zeigt also, wie eng Politik und die Gestalt der Stadt miteinander verknüpft sind. Hier unterscheidet sich Berlin von den anderen europäischen Metropolen. Natürlich haben auch in Paris, London und Prag politische Prozesse die Stadt baulich gestaltet und Akzente gesetzt. Fällt jedoch dort vor allem die Kontinuität auf, mit der Generation um Generation sich mit dem vorgefundenen Stadtbild auseinander gesetzt hat, so sind es in Berlin die Brüche. Nirgendwo in Europa waren die politischen Ansprüche an eine Stadt so radikal und weitreichend wie im Berlin des 20. Jahrhunderts. Entsprechend sieht die Stadt aus. Dem dünnen Firnis von Neubauten zum Trotz: Ins Auge fällt vor allem das Nebeneinander, in dem die alten und neuen Solitäre erscheinen wie ein Stein gewordenes Archiv überkommener und aktueller gesellschaftlicher und politischer Visionen.

## 1.4 Vielfalt, Größe und Offenheit

Die dritte Erkundung brachte zahlreiche Begegnungen mit „verwegenen Menschen“ der Vergangenheit und Gegenwart. Revolutionen und Kriege, Friedenszeiten und technischer Wandel sowie andere Rahmenbedingungen, die die Politik gewollt oder ungewollt schuf und auf die sie reagierte – oder Reaktionen unterließ –, bestimmten die individuellen Möglichkeiten und Lebensentwürfe der Menschen.

Bei der Erkundung fiel auf, dass die Politik die Stadtbevölkerung fast durchweg als „Gegenstand“ behandelte, sie begriff als Potenzial oder Hemmschuh gewollter Entwicklungen. Bis weit ins 19. Jahrhundert waren die Bürger in erster Linie Untertanen und die fügten sich fast durchweg in ihre Rolle. Allerdings waren sie nicht immer gefügige Untertanen. Gelegentlich begehrten sie auf, wie im 15. Jahrhundert gegen den Verlust der Selbstständigkeit durch die Übernahme der Stadt seitens der Landesherren. Für einen historischen Augenblick wurden einige Stadtbürger zum handelnden „Subjekt“, wehrten sich gegen die Machtansprüche und Bedrohungen, die hinter dem Schlossbau standen. Mit der Flutung des Bauplatzes versuchten sie die Autonomie ihrer mittelalterlichen Handelsstadt zu retten. Als radikaler Versuch ist dieser Vorgang zu diesem Zeitpunkt einzigartig, auch wenn ihm der dauerhafte Erfolg versagt blieb.

Dies war für lange Zeit der bemerkenswerteste Vorgang, in dem die Stadtbevölkerung als handelndes Subjekt sichtbar wurde. In den folgenden Jahrhunderten bot Berlin in dieser Hinsicht wenig und war im Vergleich zu den großen Zentren Europas eine kleine, abseits gelegene Residenz einer wenig relevanten Regionalmacht. Einige tausend Menschen lebten hier, während Köln, Prag, London und Paris längst Großstädte waren. Die karge Landschaft und die bescheidenen Entwicklungsmöglichkeiten zogen kaum Zuwanderer an. Das änderte sich erst Mitte des 17. Jahrhunderts in größerem Umfang, als die Lebensbedingungen in anderen Regionen unsicherer wurden und eine ambitionierte politische Führung dies als Chance begriff.

Nachdem die Zahl der Stadtbewohner in Folge des Dreißigjährigen Krieges von etwa 10.000 auf 6.000 gefallen war, betrieben die brandenburgischen Kurfürsten eine aktive Zuwanderungspolitik. Finanzielle Vergünstigungen, soziale Privilegien und religiöse Toleranz lockten Friesen und Holländer, Juden und vor allem die im katholischen Frankreich verfolgten Hugenotten in die Region und versprachen einen brandenburgischen Anspruch auf Glück. Entscheidend an dieser Zuwanderungswelle war nicht so sehr die Zahl der Menschen, die sich neu in Berlin niederließ, sondern, dass mit den Hugenotten eine hoch motivierte Bevölkerungsgruppe das bestehen-

de Gefüge der Gesellschaft veränderte. Mit ihrem kreativen Unternehmergeist veränderten sie den „Spirit of the City“ und hatten so erheblichen Anteil am Aufstieg Berlins.

Dieser Impuls zog langfristig weitere Zuwanderer an und ließ die Stadt wachsen. Ende des 18. Jahrhunderts erreichte die Bevölkerungszahl allmählich jene kritische Größe, die Berlin zu einer potenziellen „Start-up“-Region machte. In dieser Phase kam es zu einer entscheidenden Weichenstellung, die im frühen 19. Jahrhundert Berlin zu einem gigantischen Magneten für Zuwanderer machte: War der Blick der Stadt bisher vor allem nach Westen und Süden gerichtet, wurden im Zuge der Industrialisierung und des Baus der Eisenbahnen nicht nur Strecken in diese Richtungen, sondern vor allem nach Osten und Norden ausgebaut. Die frühzeitige Nutzung einer technologischen Innovation – die Eisenbahn – verbunden mit einer geistigen Orientierung nach Osten gab den ausschlaggebenden Impuls. Binnen kurzer Zeit entstand im Nordosten Europas eines der weltweit leistungsstärksten Verkehrsnetze: Bis 1842 entstand die Verbindung nach Frankfurt an der Oder, bis 1842 die nach Stettin und ab 1846 war Breslau per Bahn erreichbar. Diese Vernetzung mit dem näheren Umland und den fernerer Regionen öffnete Berlin und definierte die Stadt zum ersten Mal in großem Stil als Metropole im Nordosten Europas. Das war ein Dammbbruch. Industrialisierung, Bedarf an Arbeitskräften und die geringen Entwicklungschancen in den östlichen Provinzen Preußens wirkten wie ein Staubsauger, der Menschen zu Hunderttausenden nach Berlin zog. In wenigen Jahrzehnten wuchs die Region schneller als jede andere der Welt und wucherte binnen zwei Generationen zu einer Weltstadt mit mehreren Millionen Einwohnern. Auch wenn sich Arbeiterviertel, etwa der Wedding, und bürgerliche Wohngegenden, wie Kreuzberg, entwickelten, blieb die Stadt dabei vergleichsweise durchlässig.

Insgesamt lässt sich eine dreifache Abhängigkeit der Berliner Bevölkerung von politischen Entwicklungen beobachten:

- Einmal war die Berliner Entwicklung in gesamteuropäische Strömungen eingebettet. In dieser Perspektive lag die Stadt am Rand der westeuropäischen Strömungen, wo sich starke ökonomische und kulturelle Potenziale bündelten. Dies änderte sich erst im 19. Jahrhundert. Der Nachteil der Randlage wurde zum Vorteil: Kamen bis dahin die Zuwanderer vor allem aus dem Westen, wurde Berlin nun für osteuropäische Immigranten als Tor zum Westen attraktiv.

### Politik und Bevölkerung

In dreifacher Weise war und ist die Berliner Bevölkerung von politischen Entwicklungen abhängig:

- Einmal war und ist die Berliner Entwicklung in gesamteuropäische Strömungen eingebettet. In dieser Perspektive lag die Stadt am Rand der westeuropäischen Strömungen, wo sich starke ökonomische und kulturelle Potenziale bündelten. Dies änderte sich erst im 19. Jahrhundert. Der Nachteil der Randlage wurde zum Vorteil: Kamen bis dahin die Zuwanderer vor allem aus dem Westen, wurde Berlin nun für osteuropäische Immigranten als Tor zum Westen attraktiv.
- Die zweite Einbindung ergibt sich aus der Behandlung der Bevölkerung durch die politischen Eliten. Bis ins 20. Jahrhundert sahen sie die Bevölkerung entweder als Objekt, verstanden als Potenzial, um politische Ziele zu erreichen, oder als gefährliches Subjekt bei Revolten und Revolutionen, vor allem wahrgenommen als Bedrohung von Ambitionen.
- Die dritte Abhängigkeit der Bevölkerung ergibt sich aus der langen Kette von Ereignissen, die nicht selten brachial, Naturkräften ähnlich, unmittelbar in einzelne Lebensläufe eingriff und sie prägte. Das galt zuerst für Kriege und Friedensschlüsse, aber auch für andere Krisen, etwa die Revolutionen von 1848 und 1918/19, für Besatzungszeiten, etwa 1806 durch Napoleons Armee oder 1945 durch die Alliierten, für Aufstände wie den der ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953, für Ereignisse wie den Mauerbau am 13. August 1961 oder den Mauerfall am 9. November 1989.



- Die zweite Einbindung ergibt sich aus der Behandlung der Bevölkerung durch die politischen Eliten. Bis ins 20. Jahrhundert sahen sie die Bevölkerung entweder als Objekt, verstanden als Potenzial, um politische Ziele zu erreichen, oder als gefährliches Subjekt bei Revolten und Revolutionen, vor allem wahrgenommen als Bedrohung von Ambitionen.
- Die dritte Abhängigkeit der Bevölkerung ergibt sich aus der langen Kette von Ereignissen, die nicht selten brachial, Naturkräften ähnlich, unmittelbar in einzelne Lebensläufe eingriff und sie prägte. Das galt zuerst für Kriege und Friedensschlüsse, aber auch für andere Krisen, etwa die Revolutionen von 1848 und 1918/19, für Besatzungszeiten, etwa 1806 durch Napoleons Armee oder 1945 durch die Alliierten, für Aufstände wie den der ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953, für Ereignisse wie den Mauerbau am 13. August 1961 oder den Mauerfall am 9. November 1989.

Alle drei Faktoren sind prinzipiell auch andernorts zu beobachten, aber nirgendwo in solcher Dichte. Wer 1910 in Berlin geboren wurde und sein Leben in der Stadt verbrachte, erlebte als Kind den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die Hungerwinter, das Kriegsende, die Revolution und die Gründung der ersten deutschen Republik, durchlebte als Jugendlicher das irrwitzige Krisenjahr 1923, die Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit, musste sich als Erwachsener zur Machtübernahme der Nationalsozialisten verhalten, kämpfte wahrscheinlich an einer der Fronten des Zweiten Weltkriegs und sah bei seiner Heimkehr eine physisch zerstörte Stadt mit deprimierten, verzweifelten Menschen, war konfrontiert mit der Besatzungszeit, der Teilung, der Blockade und der Luftbrücke sowie der Gründung der beiden deutschen Staaten, die für Berliner wieder eine Wahl bedeutete, erlebte schließlich den Arbeiteraufstand und den Mauerbau, Kennedys Besuch und die Entspannungspolitik sowie als Rentner den Fall der Mauer und die Vereinigung.

Eine enorme Dichte und die Rolle von Einzelnen oder Gruppen war oft vielschichtig und mehrdeutig. Sie konnten Gegenstand von Politik sein, etwa als Wehrpflichtige, die per Stellungsbefehl eingezogen wurden. Sie konnten als Plattform benutzt werden, zum Beispiel als Resonanzboden für Ideologien. Schließlich konnten sie Subjekt sein, vielleicht als Teilnehmer des Protestmarsches vom 17. Juni 1953. Die Rollen konnten sich auch überschneiden oder plötzlich umschlagen, ein durch Befehle kommandierter, als Objekt behandelter Soldat konnte 1918 zum Teilnehmer der Revolution und so zum Subjekt werden.

Was folgt aus diesen Beobachtungen? Sind die Berliner dadurch politischere Menschen geworden? Politisiertere Menschen sicherlich, jedenfalls in einzelnen Phasen

wie der Mauerkrise 1961. Doch ein spezielles „Berliner politisches Bewusstsein“ ist kaum festzustellen, wenn man die nach wie vor zum Lebensgefühl der Stadt zählende „Respektlosigkeit“ nicht dazu stilisieren will. Eine Konstellation lässt sich allerdings mehrfach beobachten. Gemeint sind jene speziellen Situationen, in denen die Beziehung zwischen Regierten und Regierenden zum Dialog avanciert, der wiederum einen Konsens über Grundsatzfragen hervorbrachte. Solche Konstellationen hat es mehrfach gegeben und sie haben jedes Mal eine erhebliche politische Wirkung entfaltet. Drei Beispiele:

- Der preußische Ministerpräsident Otto Braun war in den zwanziger Jahren einer der populärsten und bei den Anhängern der Republik beliebtesten Politiker in Berlin. Während auf Reichsebene die Regierung alle paar Monate wechselte, verkörperte der „rote Zar“ Kontinuität. Die Zustimmung, die Braun auf Versammlungen erfuhr, erzeugte einen Teil jener Kraft, die beide Seiten in ihrer Überzeugung bestätigte, dass die Republik der richtige Weg war. Braun sprach respektlos und offen, traf einen Ton, der die Demokraten berührte und motivierte. Beispielhaft ist Brauns Rede auf einem Krisenkongress mit Gewerkschaftsvertretern am 13. April 1932 in Berlin. Die Arbeitslosenzahl war zu diesem Zeitpunkt auf über sechs Millionen gestiegen, doch anstatt der Versammlung nach dem Mund zu reden, las er ihr die Leviten: „Dabei sprach ich ganz rückhaltlos aus“, schreibt der Politiker in seinen Memoiren, „dass man der Arbeitslosigkeit und ihrer wirtschaftlichen und demoralisierenden Folgen nur mit schnell wirkenden und einschneidenden rechtsgesetzlichen Maßnahmen Herr werden könne.“<sup>1008</sup> Braun führte mit großem Ernst aus, was getan werden müsse, und endete: „Die Kongressteilnehmer begriffen den Ernst der Situation und stimmten mir lebhaft zu.“ Diese Mischung aus Klarheit und Ernsthaftigkeit, und wohl auch die Ehrlichkeit unterschieden Brauns Rede von den üblichen Ansprachen der Politiker an die Bevölkerung. Das wiederum erzeugte eine Kraft, die die schwache Republik lange stütze.
- Das zweite Beispiel ist Ernst Reuter. Während der Luftbrücke fand er einen Ton, der neu war in der deutschen Politik. Anders als der altväterliche Adenauer oder der polemische Schumacher klangen seine Ansprachen und Reden emphatisch, leidenschaftlich und boten zugleich Inhalte, die einer geschlagenen Bevölkerung wenige Jahre nach einem katastrophalen Krieg Zuversicht und neue Hoffnung gaben – eine nicht zu unterschätzende Leistung. Reuter versuchte zu überzeugen, nicht zu überreden oder zu drohen. Exemplarisch ist seine legendäre Rede vom 9. September 1948 auf der Protestkundgebung vor der Ruine des Reichs-



tagsgebäudes. Anlass war die Spaltung der Stadtverordnetenversammlung. Es hätte viele Möglichkeiten gegeben, darauf zu reagieren, aber Reuter beginnt seine Rede mit einer so simplen wie wirkungsvollen Einführung – er machte sich zum Anwalt des Souveräns: „Heute ist der Tag, an dem nicht die Diplomaten und Generäle reden und verhandeln. Heute ist der Tag, wo das Volk von Berlin seine Stimme erhebt. Dieses Volk von Berlin ruft heute die ganze Welt.“<sup>1009</sup> Reuter wird zum Anwalt der Bevölkerung, spricht immer wieder in der Wir-Form, beschwört ein Gemeinschaftsgefühl. Das ist so grandios wie wirkungsvoll und erklärt die Resonanz bei vielen Berlinern. Dass während der Blockade die Bevölkerung der Westsektoren Berlins nicht resignierte, sondern dazu bereit war für die Demokratie notfalls auch drastische Einschränkungen hinzunehmen, wäre ohne den von Reuter geführten Dialog nicht zustande gekommen.

- Das dritte Beispiel ist Willy Brandt. So sehr er zeitweise die Meinungen polarisierte, seine Auftritte in Berlin von etwa Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre sind heute noch legendär. Seine vielleicht wichtigste Charaktereigenschaft, die auch seine politischen Gegner anerkannten: Er war glaubwürdig. Stets war ihm das Ringen um Differenzierung und zugleich um Klarheit anzumerken. Vor allem in den aufwühlenden Tagen des Mauerbaus fand er jenen Ton, der einerseits die Wut und Empörung vieler Berliner ausdrückte, andererseits eine Eskalation der Ereignisse verhinderte – und das in einer Situation, in der die Menschen einige Tage das Gefühl haben mussten, allein gelassen zu sein. Brandts großes Talent bestand darin, einerseits Realitäten deutlich und für viele provozierend offen zu benennen und daraus andererseits eine Hoffnung für die Zukunft abzuleiten. Beispielhaft dafür ist seine Rede vor Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 10. September 1961: „Die Mauer muss weg!“, forderte Brandt in einer Formulierung, die nahezu alle Politiker benutzten, und fuhr dann in der für ihn typischen Art fort: „Das bleibt richtig. Und eines Tages wird sie auch fallen. Aber sie wird nicht dadurch fallen, dass wir den Kopf verlieren. Die Mauer muss weg, aber auch bis dahin muss Berlin leben!“<sup>1010</sup> Diese Feststellung war für viele schon eine Zumutung, doch genau diese Ambivalenz machte den Politiker Brandt spannend. Sehr nah am „Mainstream“ und gleichzeitig deutlich darüber hinausblickend, auf dieser Mischung beruhte ein besonderes Verhältnis zwischen Bürgermeister und Bevölkerung. Die konnte sich verstanden fühlen und war zugleich gefordert, neue Möglichkeiten zu denken und mitzugehen.

An diesen Beispielen fallen Gemeinsamkeiten auf: Alle drei genannten Politiker profilierten sich in Krisenzeiten. Es gab außergewöhnliche Herausforderungen und es gelang, Antworten zu finden, die die Bevölkerung motivierte, sich mit ihnen auseinander zu setzen und den Vorschlägen ihrer Politiker zu folgen. Biographie und Handlung machten diese Politiker glaubwürdig, selbst wenn ihre persönlichen und politischen Wege verschlungen und voller Brüche waren. Vielleicht sind solche Biographien die Voraussetzung für außergewöhnliche Handlungen. Der Schlüssel für den Erfolg liegt jedenfalls im Verhältnis von Politik und Bevölkerung. Die genannten Politiker nahmen die Bevölkerung ernst, die fühlte sich ernst genommen und vertraute – in erstaunlichem Maß – wiederum den Politikern. Hier kam tatsächlich etwas zustande, das die Bezeichnung Dialog verdient. Insbesondere Reuter und Brandt erwiesen sich in dieser Hinsicht als bemerkenswert und kreativ. Neben ihren Reden entwickelten sie eine Vielzahl ungewöhnlicher Dialogformen. Beispielhaft dafür steht die Hörfunksendung „Wo uns der Schuh drückt“, in der Reuter regelmäßig zu aktuellen Problemen Stellung nahm; ferner gab es regelmäßig Schulklassengespräche, in denen Politiker mit Schülern diskutierten, oder die geschickt gewählten gesellschaftlichen Auftritte Brandts, der sich offenkundig selbst bei bisigen Karikaturen seiner Person im Kabarett noch amüsierte und die Distanz besaß, über sich lachen zu können.

Ernsthaftigkeit, Offenheit sowie Dialogbereitschaft und -fähigkeit – all das liest sich wie die Zusammenfassung aus dem Kommunikationshandbuch für Anfänger und klingt reichlich profan. Wie schwierig es jedoch in der Regel ist, solche Banalitäten in die Praxis umzusetzen, zeigt die Berliner Wirklichkeit der vergangenen Jahrzehnte. Seit Brandt ist kein Regierender Bürgermeister oder anderer Politiker im Gedächtnis geblieben, Richard von Weizsäcker in Ansätzen ausgenommen, der ernsthaft den Dialog mit der Bevölkerung gesucht und zustande gebracht hat. Über die Bevölkerung wurde stets gesprochen – mit ihr so gut wie nie.

Besonders fatal war diese Haltung nach der überraschenden Öffnung der Mauer 1989. Dass sich damit eine ungeheure Chance auftat, war wohl allen klar. Aber schon heute ist es ein Rätsel, weshalb niemand die angemessene Sprache fand, die die Dimension des Ereignisses klar machte und für die kommenden Herausforderungen motivierte. Wie so eine Rede hätte klingen können, wurde am ehesten noch durch die Ansprache des alten Willy Brandt am 10. November 1989 auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses klar. Brandt freute sich über die Maueröffnung und sah klar und deutlich die Einheit kommen. Das irritierte die Anhänger ebenso wie politische Gegner. Vielleicht war es genau diese Irritation und Deutlichkeit, die

den Funken überspringen ließ, die wirkte und alle anderen Redner blass aussehen ließ.

Wie blind verkannte und verkennt die gesamte politische Elite seitdem das wichtigste Potenzial: die Menschen der Stadt. Das zeigte sich zum Beispiel am Scheitern der „Werkstatt der Einheit“, einer der wichtigsten kommunikativen Ansätze der neunziger Jahre. Die Idee, die hinter dieser von Volker Hassemer erfundenen Formel stand, war einleuchtend und richtig, denn natürlich machte Berlin im Prozess der Vereinigung Erfahrungen, die als Beispiel auch andernorts nützlich sein konnten. Doch von wenigen Ausnahmen, wie dem Stadtforum, abgesehen, gelang es nicht, den Berliner Vereinigungsprozess als Modellfall deutlich zu machen, ja es gelang nicht einmal, die unbezweifelbaren Pionierleistungen bei der Zusammenführung beider deutschen Staaten auch nur annähernd zu vermitteln.

Es entstand weder ein Dialog nach innen noch nach außen. Wie im übrigen Bundesgebiet verkörperten die Berliner Politiker die Haltung, sie wüssten genau, was zu tun sei, die Bevölkerung möge ihnen nur folgen.<sup>1011</sup> Die Bevölkerung wurde und wird als Gegenstand begriffen; entsprechend waren und sind noch immer die Ansprachen, Appelle und Zumutungen formuliert und es scheint so, als hätten die Berliner irgendwann Mitte der neunziger Jahre aufgehört hinzuhören. So erlahmte das, was eine gestaltende Kraft hätte werden können, in einer Lethargie, die seitdem weite Teile der Bevölkerung erfasst hat. Wer in Berlin lebende Menschen politisch bewegen will, wird lange brauchen, um diese Stimmung aufzubrechen.

Dialoge der Stadtbevölkerung sind also möglich in Berlin, es hat sie mehrfach gegeben, sie waren erstaunlich intensiv und haben Beachtliches bewirkt. Fast scheint es, als sei in jenen Momenten eine moderne Variante des Ideals der griechischen Polis lebendig geworden. Das lässt sich nicht erklären, ohne noch einmal einen wichtigen Grundzug der Stadt zu betonen – ihre Offenheit. Aufstieg und Abstiege sind hier eindeutig leichter möglich als in Düsseldorf, Hamburg oder München. Eine Stadt also für „verwegene Menschen“? Durchaus. Wenn die Menschen, die in Berlin leben und gelebt haben, etwas verbindet, dann vielleicht die Entscheidung, bewusst in diese Stadt zu kommen, sie zu nutzen als Ausgangspunkt ihres individuellen Lebensentwurfs. Seit der Stadtgründung lässt sich dieser Grundzug beobachten: Von den ersten Kaufleuten, die das landesherrliche Versprechen auf raschen Profit zu Investitionen im umkämpften Grenzgebiet animierte, über die Hugenotten, denen Brandenburg religiöse Toleranz und eine ökonomisch bedeutsame Rolle bot, bis zu den zahlreichen Jugendbewegungen, die zuletzt in den neunziger Jahren Berlin neben Detroit zu einer der kreativsten und attraktivsten Städte für

Clubs, Musik und Partys gemacht haben. Stets bot die Stadt etwas, das andernorts nicht zu haben war und das Menschen dazu brachte, trotz der Randlage und der kulturellen und ökonomischen Nachteile im Vergleich mit den tonangebenden Regionen West- und Südeuropas hierher zu kommen. Berliner sind deshalb durchweg Zuwanderer, auch wenn einige das vergessen zu haben scheinen, oder Durchreisende, wie John F. Kennedy im Sommer 1963, gekommen für eine befristete Zeit, sich bekennend zum Lebensgefühl der Stadt und oftmals bleibend auf unbestimmte Frist.

Was das bedeutet, ist klar: in erster Linie Wandel, oft schnell, fast immer unkalkulierbar und mit unerwarteten Wendungen. Dass die Rolle Berlins als Tor zum Osten seit Mitte der neunziger Jahre wieder funktioniert, wenngleich vollkommen anders, als politisch gewünscht, erhofft und mit dem Schlagwort „Drehscheibe“ etikettiert, zählt zu den erstaunlichen Wendungen der Gegenwart – selbst wenn dies vorerst eher im Untergrund geschieht, durch illegale Zuwanderung, die sich um deutsche Regeln und Debatten gar nicht mehr kümmert. Mindestens zwei Großstädte umfasst gegenwärtig die Zahl der nicht gemeldet in Berlin lebenden Menschen; und das ist eine konservative Schätzung. Die Politik reagiert darauf nicht. In den letzten zehn Jahren ist keine politische Rede Erinnerungswürdig, die das ernsthaft thematisierte.

Hier schließt sich der Kreis: Seit den siebziger Jahren hat kein Politikkonzept mehr dauerhaft gegriffen. Dies lag nicht nur an den Schwächen der Konzepte oder an den wenig beweglichen städtischen Strukturen, sondern in erster Linie daran, dass der Dialog mit der Bevölkerung nicht mehr ernsthaft geführt wurde. Die aktuelle Politik, genauer Politikerverdrossenheit hat darin ebenso eine ihrer Ursachen wie die verbreitete Haltung der politischen Eliten, über die Bevölkerung zu reden, aber nicht mit ihr. Das wichtigste Potenzial der Stadt also, seine Menschen, wird verkannt, und bevor dies sich nicht ändert, ist keines der aktuellen Probleme lösbar, mit welchen Konzepten, Strukturen und Verfahren auch immer.

### **1.5 Begegnungen mit dem Politischen**

Landschaft, Gebäude, Menschen – Begegnungen mit dem Politischen prägten alle drei Exkursionen in diese Welten. In sich wandelnden Formen war Politik erkennbar und alle drei Dimensionen von Politik konnten beobachtet werden, oft sogar am gleichen Gegenstand:

Polity: Die formale Dimension: Auf den ersten Blick erschließen sich die geschriebenen und ungeschriebenen Normen vielfach nicht. Genau hinge-

sehen jedoch wird die Kraft von Gesetzen und Verordnungen auf die Stadtlandschaft kenntlich, wie ein profanes Beispiel verdeutlicht: Alle Berliner Grünflächen und besonders die Parks sind nach Normen von EU, Bund, Land und Bezirken gestaltet, die wiederum unterschiedlich von den Ausführenden angewandt werden. Das berühmte dreieckige Schild, das jeden Besucher am Eingang begrüßt, ist wie ein Fingerzeig auf dieses Netz von Regeln.

Jede Straße, jeder Platz, jedes Gebäude folgt wiederum von der EU, von Bund, Land und Bezirken in zahllosen Bestimmungen festgelegten Anforderungen, Baubestimmungen, Naturschutzregeln und vielen anderen Normen mehr. Die Traufhöhe von 22 Metern, von der es nach wie vor nur wenige Ausnahmen gibt, ist die vielleicht für Berlin typischste dieser Regeln.

Auch das Verhalten der Menschen ist stark durch Normen geprägt. Aufenthaltsrecht, Steuern, Abgaben usw. definieren die Gestaltungsmöglichkeiten individueller Lebensentwürfe entscheidend mit. Aus der Tatsache etwa, dass in Berlin eine Generation lang Besatzungsrecht galt, erklärt sich, dass Zehntausende von jungen westdeutschen Männern während der Teilung vor der Bundeswehr nach Berlin flohen und hier lebten. Das aktuelle Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht – ein weiteres Beispiel – erklärt zum Teil jenen Untergrund, in dem die „nicht gemeldeten“ Berliner in einer Zahl leben, die die Dimension mindestens zweier Großstädte erreicht und wohl deutlich übersteigt.

Dabei ergänzen, überschneiden und überlagern sich überregionale, regionale und lokale Normen – aktuell: europäische Regeln, Bundesgesetze und -verordnungen, Landesgesetze und bezirkliche Normen. Sie genau gegeneinander abzuwägen war nicht Ziel dieser Reise. Dennoch ist deutlich geworden, dass die überregionalen Einflüsse in Berlin stets besonders stark waren und spätestens seit dem 19. Jahrhundert eine enorme Wirkung entfalteten. Das hier wichtige Begriffspaar Macht und Machtbegrenzung lässt sich gut im Stadtbild ablesen. Selbst die Lücken, wie der leere Schlossplatz, erzählen davon: Das Reiterdenkmal Friedrichs des Großen Unter den Linden und die damit verbundene Debatte, die eine Generation von Architekten und Künstlern intensiv beschäftigte, das Stadtschloss und das Rote Rathaus, also die Macht des Reiches und der Stadt, schließlich das „Band des Bundes“ und die Renaissance des

Schlusses als Debattenthema – all das spiegelt den Versuch, Ideen und Ideale einzelner Staaten auszudrücken, lässt sich verstehen als gebaute oder geplante allegorische „Lehre von den Staatszwecken“.

Politics: Die prozessuale Dimension: Sie ist gleichfalls deutlich an der Stadt abzulesen. Das Beispiel Schlossplatz ist auch in dieser Hinsicht aufschlussreich, denn die Lücke provoziert die Frage nach dem Warum. Das schroffe Nebeneinander von Bauten wie dem Alten Museum, dem Dom, dem Skelett des Palastes der Republik und dem einstigen Haus des Staatsrates mit einem Stück Schlossfassade drängt den Gedanken der Konkurrenz verschiedener Kräfte und Mächte förmlich auf. Die Stadt, betrachtet mit der Frage „Warum?“, erschließt fast immer die prozessualen Dimensionen von Politik. Dies gilt auch für die Betrachtung der Bevölkerung. Die Frage nach den Gründen, etwa des Zuzugs der Hugenotten, erschließt die Hauptmotive und somit das Warum.

Anders als die formale Dimension, die sich beim Betrachten der Stadtlandschaft, der Architektur und der Bevölkerung nach einem kurzen Zögern leicht offenbart, bedarf die Ergründung der prozessualen Dimension einer tieferen und genaueren Beschreibung sowie stets einer Betrachtung des jeweiligen Kontexts.

Policy: Die inhaltliche Dimension: Auch sie ist bei den ersten drei Exkursionen zu finden; hierbei bedarf es allerdings noch eines tieferen Schürfens als bei den beiden anderen Dimensionen. Dennoch lässt sie sich entdecken und beschreiben. Auch hier ist das Beispiel Schlossplatz ergiebig. Dass die Gebäude, die sich an diesem Platz versammeln, dort stehen, hat nicht nur mit Formen und Prozessen, sondern erheblich mit Inhalten zu tun. Schon der Schlossbau war ein inhaltliches „Statement“, war Ausdruck einer Machtpolitik, die in mehreren Etappen die freie mittelalterliche Stadt als Herrschaftssitz der Landesherren übernahm und entsprechend gestaltete. Aus dieser Perspektive erschließen sich auch die anderen, nach und nach am Schlossplatz entstandenen Bauten. Insbesondere das frühe 19. Jahrhundert mit Schinkels Ergänzungen – dem (alten) Dom, dem Königlichen (Alten) Museum und der Bauakademie – spiegelte einen gesellschaftlichen Wandlungs- und Differenzierungsprozess, in dem neue Schichten an prägender Kraft gewannen und nach Selbstdarstellung drängten. Diese Kräfte mit einem Gebäude vis-a-vis des Schlosses zu platzieren – wie das Museum, das das Bürgertum repräsentierte –,

bedeutete eine inhaltliche Anerkennung und glich einer symbolischen Aufnahme des Bürgertums in den Kreis der „Stützen der Gesellschaft“.

Auch an anderen städtebaulichen Projekten lässt sich die inhaltliche Dimension ablesen. So ist etwa die Hierarchisierung verschiedener Einkaufs- und Dienstleistungsgebiete der Stadt eine inhaltliche Entscheidung für eine bestimmte Stadtstruktur, die wiederum formale und prozessuale Folgen hat und so Ressourcen und Budgets lenkt.

Die inhaltliche Dimension offenbart sich ferner bei der Reise durch verschiedene Lebenswelten der Bevölkerung. Die Förderung des Zuzugs bestimmter Menschengruppen, etwa der Türken in den sechziger und siebziger Jahren, war immer auch eine inhaltliche Entscheidung, gleich ob den politischen Akteuren die Folgen ihres Handelns oder ihrer Unterlassungen bewusst waren oder nicht.

Diese inhaltliche Dimension ist letztlich die interessanteste. Es handelt sich dabei in der Regel um Weichenstellungen für die Entwicklung der Stadtlandschaft, des Städtebaus und der Architektur sowie der Möglichkeiten für die Bevölkerung. Das wiederum macht Leitbilder so wichtig, an denen sich solche Entscheidungen orientieren. Die Ausrichtung Berlins am Leitbild der prosperierenden Dienstleistungsmetropole zu Beginn der neunziger Jahre etwa hat gewaltige Ressourcen in die Entwicklung entsprechender Areale, Bauten und Wohnmöglichkeiten gelenkt. Die Konsequenzen waren wie stets beträchtlich. In diesem Fall erwies sich die Idee von der Dienstleistungsmetropole als haltlos, eine verfehlte Hoffnung, teuer bezahlt.

Was ergibt sich aus der Erkenntnis, dass politische Formen, Prozesse und Inhalte sich bei der Reise durch das „Reizklima“, folgend der „Spur der Steine“ bis zu den „verwegenen Menschen“ als prägende Faktoren beobachten lassen? Ist sie nicht zu allgemein und deshalb banal? Falls nicht – was kann daraus geschlossen werden?

Zunächst hilft diese Erkenntnis, die Stadt Berlin besser zu verstehen. Merkwürdig und kurios erscheinende Gegebenheiten und Vorgänge werden einsichtig, nachvollziehbar und erklärbar. Banal ist diese Erkenntnis nur bei einem eindimensionalen Politikbegriff. Die Differenzierung der Dimensionen macht Schwerpunkte deutlich, lässt nachvollziehen, wie sich etwa Inhalte durch den Ablauf der Prozesse verändern und welchen Einfluss Formen und Bilder haben.

An Berlin sind hier vor allem die über die Stadt hinausblickenden Ansprüche interessant. So ist das 1869 fertig gestellte Rote Rathaus eben nicht bloß das Rathaus der größten Stadt in Deutschland, sondern ein Gebäude, das baulich und als Ort von Veranstaltungen stellvertretend für viele Kommunen dem königlichen Preußen und später dem kaiserlichen Deutschland symbolisch die Stirn bot, etwa durch das neben der offiziellen Feier zur Reichsgründung im Stadtschloss veranstaltete Fest, in dem die liberalen, bürgerlichen Kräfte die Gründung des Reichs begingen.

Die Beschreibung und das Wissen solcher Vorgänge erlaubt es, ein tieferes Verständnis der Stadt zu gewinnen, und erklärt, wie längerfristige Tendenzen funktionieren und welche Konsequenzen sie haben. Die Entscheidung etwa, die Hugenotten ins Land zu holen, mag in erster Linie dem Anlass gefolgt sein, Bevölkerungsverluste in einer dünn besiedelten Region auszugleichen. Gleichzeitig wurde jedoch die Schichtung der Stadt dadurch massiv verändert und die Stadtgesellschaft praktisch aufgemischt – mit Generationen später noch wirksamen Folgen. Diese Mehrdimensionalität solcher Entscheidungen ist wichtig und lohnt den Blick auf die Wegscheiden der Berliner Stadtgeschichte.





## **2. Brüche und Kontinuitäten – warum und wie Politik die Stadt prägt**

### **2.1 Kontinuität durch Wandel**

Die zweite große Expedition in die Tiefen und Untiefen Berliner Vergangenheit hat Begegnungen mit allen wichtigen Merkmalen einer Stadt gebracht – Größe und Arbeitsteilung, Dynamik und Tempo, Lage und Geschichte, überregionale Orientierung und Spezialisierung, Stetigkeit und Wandel und andere mehr.<sup>1012</sup> Sie waren in mannigfaltigen Varianten zu beobachten, und bei allem Wandel lassen sich drei Konstanten beobachten:

- An erster Stelle steht die überregionale Ausstrahlung von Ereignissen, die in Berlin stattgefunden haben – die Geschichte Berlins war stets mehr als Berliner Geschichte.
- An zweiter Stelle fällt ein vielfältiger Rollen- und Funktionswandel auf – der Stadt ist es immer wieder gelungen, sich an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen.
- An dritter Stelle kennzeichnet Berlin eine enorme Vielfalt und das Nebeneinander großer Gegensätze – verbunden mit der Fähigkeit, der offiziellen Politik ebenso Raum zu bieten wie der Opposition.

Auffällig ist dabei die Dynamik der Entwicklung Berlins. In den ersten 500 Jahren verlief sie vergleichsweise langsam, wenngleich auch hier dynamische Elemente – etwa das rasche Wachstum im Mittelalter – erkennbar sind. Spätestens ab dem frühen 19. Jahrhundert setzte jedoch eine Beschleunigung ein, die in ökonomischer Hinsicht alle anderen Städte in Europa bei weitem übertraf. Größe, Arbeitsteilung und Vielfalt erreichten ein bis dahin nicht gekanntes Niveau.

Erstaunlich war schließlich auch die Überlebensfähigkeit Berlins, vor allem im 20. Jahrhundert, in dem die Stadt jede gesellschaftliche Erschütterung von geschichtlicher Bedeutung erlebt und überlebt hat.<sup>1013</sup>

Ein in diesem Kontext wichtiger Faktor ist die überregionale Orientierung Berlins: die Lage der Stadt im Nordosten Europas. Was lange Zeit und noch heute als Problem galt, Berlins Lage abseits der prosperierenden Zentren Westeuropas, war für das Jahrhundert von etwa 1830–1930 das große Plus der Stadt. Ökonomisch, politisch und kulturell hatte Berlin die entscheidende Verteilerfunktion im Nordosten Europas, war Drehscheibe von Waren, Geldströmen, Ideen und vor allem für Menschen. Die Offenheit nach Norden und Osten in jeweils beiden Richtungen war eine der entscheidenden Qualitäten der Stadt.

Die Kernmerkmale der Berliner Vergangenheit sich vor Augen geführt – überregionale Bedeutung und insbesondere nordosteuropäische Orientierung, ein mehrfacher Rollen- und Funktionswandel sowie gesellschaftliche Vielfalt – lohnt es abschließend noch einmal, fünf Beispiele zusammenfassend zu betrachten.

## **2.2 Erfolg durch Risiko**

Die Stadtgründung lässt sich als Versuch der brandenburgischen Markgrafen interpretieren, im nordostdeutschen Raum eine dominierende Stellung einzunehmen. Eine ökonomisch fundierte Siedlungs- und Wirtschaftspolitik war das geschickt gewählte Mittel, um den überregionalen Anspruch zu realisieren. Als Brückenkopf und Zentrum einer expansiven Machtpolitik fungierte die eigens gegründete Doppelstadt Berlin/Cölln, um im umstrittenen Grenzgebiet zwischen Havel und Oder die politische Oberhand zu gewinnen. Ein entscheidender Erfolgsfaktor war das Bündnis mit ambitionierten Kaufleuten, denen bei Unterstützung der Pläne beträchtliche Profite winkten.

Bemerkenswert an diesem Vorgang ist, wie weit die Markgrafen von Brandenburg den Konflikt mit ihren Widersachern – den Erzbischöfen von Magdeburg, den Markgrafen von Meißen und den Herzögen von Pommern – trieben. Vor einem offenen, möglicherweise sogar kriegerischen Konflikt, der durchaus denkbar gewesen wäre, schreckten sie letztlich zurück und nutzten stattdessen das Mittel wirtschaftlicher Expansion. So blieb die Auseinandersetzung begrenzt und konzentrierte sich auf das Feld der Ökonomie.<sup>1014</sup>

Schon bei der Stadtgründung zeigen sich die charakteristischen Faktoren der Berliner Geschichte: die überregionale Orientierung Richtung Nordosten, eine eindeutig politische Funktion der Stadt und eine durch das Bündnis von Politik und Wirtschaft angelegte Vielfalt in der gesellschaftlichen Ausrichtung. In dieser Phase war die Stadt eindeutig ein Gegenstand, um politische Ziele zu erreichen.

## **2.3 Rebellion und Okkupation**

Rund 200 Jahre später kommt ein neuer Faktor hinzu: die Rolle der Stadt als handelndes Subjekt. Mitte des 15. Jahrhunderts hatte sich die Situation von Berlin/Cölln verändert. Später als in anderen Regionen erreichte der allgemeine Trend der Bildung von Territorialstaaten den deutschen Nordosten und trat hier in Konkurrenz zum lange Zeit stabilen System mittelalterlicher Städtebündnisse wie der Hanse, der auch Berlin angehörte. Der entscheidende Angriff gegen den Status der

selbstständigen Stadt Berlin erfolgte Mitte des 15. Jahrhunderts, in einer Situation, in der der innere Zusammenhalt der Stadt stark geschwächt war.

Um einen Territorialstaat etablieren zu können, benötigte der Kurfürst einen Brückenkopf. Die stärkste Stadt mit dem größten Entwicklungspotenzial war für ihn das attraktivste Ziel. Gewann der Kurfürst hier die Oberhand, besaß er eine Schlüsselposition. Kurfürst Friedrich II. hatte die Situation in Berlin/Cölln mit dem Streit innerhalb der Stadtelite lange beobachtet. Im August 1442 nutzte er einen günstigen Augenblick und zog mit seinem Heer „als Vermittler“ im stadtinternen Streit gegen Berlin/Cölln. Einen offenen Konflikt konnte und wollte keine der Seiten riskieren. So kam es zu einem Kompromiss, der den Keim von Berlins Ende als freiem, selbstständigen Gemeinwesen in sich trug. Die Städte bekamen zwar Güter zurück, die unter anderem Gegenstand des innerstädtischen Streits waren, aber der Preis für die Vermittlertätigkeit des Kurfürsten war hoch: Die Städte verloren an ihn die Gerichtsbarkeit sowie das Niederlage- und das Stapelrecht – drei fundamentale Eingriffe in die städtische Autonomie – und damit ihre ökonomische und politische Basis.<sup>1015</sup>

Ähnliche Prozesse vollzogen sich auch in anderen Städten, und insofern waren sie nichts Besonderes. Bemerkenswert war jedoch, wie sehr sich Berlin/Cölln gegen diesen Angriff wehrten. Am 16. Juli 1443 vereinbarten mehrere Städte einen politischen Zusammenschluss, einen Abwehrbund gegen die Fürsten, dem auch Berlin beitrug, obgleich der Landesherr dies ausdrücklich verboten hatte.<sup>1016</sup> Nun statuierte der Kurfürst ein Exempel und forderte von Cölln einen Bauplatz für eine landesherrliche Residenz. An der nördlichen Stadtmauer ließ er ein Stück Stadtmauer abreißen und legte am 31. Juli 1443 eigenhändig den Grundstein für den „Zwing Cölln“. Als der Kurfürst 1447 in andere Auseinandersetzungen verwickelt war, folgte der Gegenschlag: Die Berliner und Cöllner nahmen Anfang 1448 einen Vertreter des Landesherrn gefangen, stürmten den Sitz des Kurfürsten und setzten den Schlossbauplatz unter Wasser. Das war nichts Geringeres als eine Rebellion, ein Aufstand, eine Revolte. In keiner anderen deutschen Region riskierte eine Stadtbevölkerung so viel für ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit.

Am Konflikt von 1442–48 lassen sich exemplarisch die drei Formen, eine Stadt zu nutzen, beobachten: Für den Kurfürsten war sie Gegenstand und potenzielle Plattform seiner Ambitionen bei der Bildung und Konsolidierung Brandenburgs. Die Stadt selbst, in erster Linie die ihre Geschicke bestimmende Bürgerschaft, war zunächst Objekt kurfürstlicher Ansprüche. Sie fand sich allerdings nicht mit dieser

Rolle ab und reagierte mit einem Aufstand. Für einen historischen Moment war Berlin Subjekt.

Insofern war der als Berliner Unwille historisch gewordene Konflikt aus Sicht des Kurfürsten ein „schöpferischer Akt“.<sup>1017</sup> um Ralf Dahrendorf noch einmal zu zitieren, denn am Ende der Auseinandersetzungen war Berlin die Residenz eines neuen, aufstrebenden Territorialstaates. Die Bürgerschaft der Stadt hatte allerdings eine andere Perspektive. Sie verlor ihre Position und Gestaltungskraft, sie war der „Modernisierungsverlierer“. Einer der Hauptgründe für den Sieg des Kurfürsten war der Streit in der Bürgerschaft. Der Konsens, also jener Grad an „Übereinstimmung in Werten und Normen, in Grundauffassungen und Grundhaltungen“.<sup>1018</sup> über die Art und Weise, wie die Stadt regiert werden sollte, war in Berlin/Cölln verloren gegangen. Erst der Verlust des Grundkonsenses innerhalb der städtischen Elite eröffnete dem Landesherrn die ernsthafte Chance für die Verwirklichung seiner Pläne.

Schließlich lassen sich die Kernmerkmale Berliner Geschichte am Aufstand von 1448 beobachten. Für den Landesherrn ging es um die Übernahme einer wichtigen Stadt zur Konsolidierung seines Machtbereichs, ein deutlich über die Region hinausreichender und für den nordöstlichen Raum wegweisender Vorgang. Mit der faktischen Übernahme der Stadt durch den Kurfürsten wurde zudem die gesellschaftliche Schichtung langfristig völlig verändert. Die bisherigen Eliten verloren an Einfluss, neu den Erfordernissen einer Residenz dienende Schichten entwickelten sich. Schließlich entstand mit der Erhebung Berlins zur Residenz ein neues Potenzial, das die nächsten Jahrhunderte bestimmte.

## **2.4 Reformen, Revolutionen, Reaktionen**

Rund 350 Jahre später stand das Land am Rande des Zusammenbruchs. Die Mark Brandenburg hatte sich als Staat etabliert und war 1701 zum Königreich avanciert, das Friedrich II. mit seiner abenteuerlichen Vabanquepolitik zu einer der europäischen Großmächte gemacht hatte. Nach dieser Kraftanstrengung war das Land erschöpft und ausgelaugt. Mit der Französischen Revolution und der nachfolgenden Herrschaft Napoleons geriet Preußen nun doppelt unter Druck: Reformwillige im Innern sahen in der Revolution ein Vorbild, und zugleich bedrohten Napoleons Eroberungsfeldzüge das Land. Als die preußische Armee am 14. Oktober 1806 die Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt verlor, floh der König nach Königsberg. Knapp zwei Wochen später, am 27. Oktober 1806, zog Napoleon in Berlin ein.<sup>1019</sup> Die französische Besatzung wurde als tiefe Schmach empfunden und war doch

auch ein Neuanfang. In den kommenden Jahren folgte ein tief greifender Reformprozess, der letztlich den kaum noch handlungsfähigen preußischen Staat erneut zu einer politischen Größe machte. Ausgangspunkt der Reformen war eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger, die jedoch nicht durch eine Revolution, sondern durch eine Reform von oben erreicht werden sollte.<sup>1020</sup>

Nach den Ideen von Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein sowie von Karl August Fürst von Hardenberg wurden binnen kürzester Frist die Städteordnung, die Finanzen, die Verwaltung, das Heer, die Bildungseinrichtungen und andere Systeme mehr reformiert. Die Erneuerungen waren beachtlich und griffen doch zu kurz. Bewundernswert waren die Anstrengungen, weil es angesichts der vorhandenen Erstarrungen noch heute eindrucksvoll ist, wie rasch es einer kleinen Gruppe gelang, Verkrustungen zu lösen und einen ganzen Staat zu modernisieren. Andererseits: So sehr die Reformen Preußen und Berlin auch modernisierten, in dreierlei Hinsicht blieben die Reformen begrenzt – weder brachten sie die Volkssouveränität, noch beteiligten sie die Bürger in größerem Umfang an politischen Prozessen. Auch die Umsetzung blieb wegen des elitären Ansatzes begrenzt, so dass das Potenzial zur Veränderung nicht ausgeschöpft wurde. Das hängt auch damit zusammen, dass die Konflikte letztlich im Verfahren der Konsensfindung gelöst wurden. Die Reformdebatten blieben auf einen vergleichsweise kleinen Kreis von aktiv Beteiligten begrenzt, der dann wiederum über Details diskutierte, aber nicht über die grundsätzliche Richtung. Am Ende stand eine von oben gesteuerte, gemäßigte Reform, die alles in allem eine Reparatur einiger Defizite erreichte – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Preußen zog sich am eigenen Schopf aus der Krise, ohne eine langfristig stabile Gesellschafts- und Staatsform zu finden. Das Gehäuse des alten, obrigkeitshörigen friderizianischen Staates blieb so nach wie vor bestehen, und genau da lag die Crux des ganzen Unternehmens: Das Bürgertum sollte auf der einen Seite Motor des neuen Preußens sein, auf der anderen Seite wurde es von den politischen Entscheidungsprozessen de facto fern gehalten.

Berlin profitierte überdurchschnittlich von diesem Reformprozess. Die Stadt war der Ort, wo die Neuerungen zum größten Teil formuliert und getestet wurden. Binnen kürzester Zeit avancierte Berlin zum Labor der Reformen. Dazu zählt beispielsweise die 1809/10 auf Betreiben Wilhelm von Humboldts gegründete „Universität zu Berlin“, die erste Universität, die Lehre und Forschung verband und auf die akademische Selbstverwaltung setzte. Dieser Impuls begründete das Aufblühen der Wissenschaften. Für mehr als ein Jahrhundert etablierte sich Berlin als eine der weltweit führenden Universitäts- und Wissenschaftsstädte.

### Formen der Bürgerbeteiligung

Die Neuorganisation des Staates war eines der ersten in Angriff genommenen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Vorstellungen der beiden Hauptprotagonisten Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August Fürst von Hardenberg gingen allerdings deutlich auseinander. Stein verfolgte ein Konzept der Wiederherstellung des Staates durch „Regeneration“, während Hardenberg auf „Reorganisation“ setzte. Stein wollte von Anfang an eine echte Reform der Staatsverfassung, während es Hardenberg lediglich um eine effektive Verwaltung ging.

Eine neue Administration nach französischem Vorbild mit den fünf Fachministerien Inneres, Justiz, Finanzen, Äußeres und Krieg ersetzte 1808 die bisherige Provinzialverwaltung. Steins Hoffnung auf eine Teilhabe des Bürgertums – wohlgernekt verstanden als wohlhabende Eigentümer – erfüllte sich am weitestgehenden in der am 19. November 1808 erlassenen neuen Städteordnung, dem Kernstück der Reform. Im Frühjahr 1809 trat sie in Berlin in Kraft und brachte den Grundgedanken der gesamten Reform am deutlichsten zum Ausdruck: Gemein- und Bürgersinn sollten die Politik beleben, das Bürgertum sich am politischen Leben beteiligen.

Begrenzte politische Beteiligung – so lautete das Rezept zur Überwindung der Krise.



Ein zweites Beispiel sind die Folgen der Gewerbefreiheit. Mit ihr begann in der Tat ein neues Zeitalter. Die Aufgabe des Zunftsystems und die Liberalisierung des Wirtschaftslebens entfesselten eine nicht gekannte Produktivkraft, die sich vor allem in Berlin mit zunehmender Dynamik entfaltete.

Die Folgen der Reformen waren also gerade für Berlin weitreichend und veränderten die Stadt. Politisch allerdings blieben die Konflikte ungelöst. Der Anspruch des Bürgertums auf politische Mitbestimmung blieb unerfüllt, die Reformen kaschierten die Defizite eher und lenkten die Kräfte in andere Richtungen, in die Ökonomie und zu den Wissenschaften. So war es letztlich eine Frage der Zeit, wann die Ansprüche auf die Tagesordnung kommen würden.

Knapp eine Generation später gährte es erneut in Europa. Napoleon war Geschichte, auf dem Wiener Kongress hatte Metternich versucht, das Rad zurückzudrehen. Es folgte eine Kette von Kämpfen um bürgerliche Rechte. Spät hatte diese Bewegung Preußen erreicht, und als es am 13. März 1848 gegen Ende einer politischen Großversammlung zu Zusammenstößen mit dem Militär kam, eskalierte ein lange aufgestauter Konflikt. Der König gab nach und versprach eine Verfassung. Damit schien die seit der Französischen Revolution bestehende Forderung des Bürgertums auf politische Mitbestimmung endlich erfüllt. Immer wieder war dieser Anspruch formuliert worden – er existierte in Schinkels Bauten, war Thema der Burschenschaften und später der Salons, spiegelte sich in Bettina von Arnims sozialkritischem und Aufsehen erregendem Werk „Dies Buch gehört dem König“, um nur einige Beispiele zu nennen. Mit der Zusage des Königs unter dem Druck der Straße schien der Konflikt gelöst. Dann radikalisierte sich die Situation: Am 18. März fielen bei einer weiteren Versammlung vor dem Schloss Schüsse. Die nun beginnenden Straßenkämpfe endeten 16 Stunden später mit einer Niederlage des Königs. Er musste seine Truppen zurückziehen, Pressefreiheit, Koalitions-, Versammlungs- und Wahlrecht gewähren sowie die Aufstellung einer Bürgerwehr erlauben. Zudem erwies er den Opfern der Erhebung, den über 250 Märzgefallenen, im Schlosshof die letzte Ehre. Die Revolution hatte gesiegt.

Für eine Hand voll Tage.

Denn die Aufständischen setzten ihren Sieg nicht um, die Strukturen des Staates blieben unangetastet. Zwar wurde in Berlin die Stadtverordnetenversammlung im Mai neu gewählt, aber noch immer nach dem Wahlrecht der Stein'schen Städteordnung. So blieb es bei symbolischen Korrekturen wie dem Rücktritt des Oberbürgermeisters Krausnick. Während gleichfalls ab Mai die Preußische Nationalversammlung in Berlin zusammentrat, siegte in Paris und Wien, wo es ebenfalls Auf-



stände gegeben hatte, die Gegenrevolution. Im November zogen schließlich Truppen des Generals von Wrangel in die Stadt ein, verhängten das Kriegsrecht und vertrieben die Nationalversammlung. In den folgenden Jahren nahm die Regierung zahlreiche liberale Errungenschaften wieder zurück, und Preußen fiel teilweise deutlich hinter das bis zur Revolution erreichte Niveau zurück. Berlin stand fortan unter Staatsaufsicht und die Selbstverwaltung erfuhr eine deutliche Schwächung.

Während der 48er-Revolution war Berlin vor allem Plattform unterschiedlicher Kräfte, die die Stadt nutzten, um ihre Vorstellungen durchzusetzen: das preußische Königshaus und die eng mit ihm verbundenen Kräfte auf der einen Seite, auf der anderen die neuen Unterschichten – und weniger das Bürgertum selbst, das die Revolution eher verschreckt wahrnahm.<sup>1021</sup> Während des langen, mühsamen und immer wieder von Rückschlägen gekennzeichneten Emanzipationsprozesses des Bürgertums schien fast außer Blick geraten zu sein, dass sich die Zusammensetzung der Gesellschaft seit Ende des 18. Jahrhunderts deutlich verändert hatte. Die an Dynamik gewinnende Industrialisierung führte einerseits zu einem enormen Wachstum der Städte, wobei Berlin mit Abstand den europäischen Spitzenplatz einnahm, und brachte andererseits neue Schichten am unteren Rand der Gesellschaft hervor. Sie übernahmen einen Teil der Forderungen des Bürgertums und stellten darüber hinaus neue auf. So verlief die Konfliktlinie zwar zwischen Adel auf der einen sowie Bürgertum und Proletariat auf der anderen Seite, doch zwischen den letztgenannten gab es keinen Konsens. Während der Revolution etablierten sich für einige Tage die neuen Unterschichten und Teile des Bürgertums als handelndes Subjekt, doch ein Konzept, ihren Sieg auf der Straße politisch umzusetzen, hatten sie nicht. Zudem fehlten die Köpfe, die das hätten zustande bringen können. Damit bestand kein handlungsfähiges Bündnis. Der überraschende Sieg war verschenkt und die Reaktion nutzte die erste günstige Gelegenheit, um die Schraube zurückzudrehen. Die Bilanz war bitter und folgenreich: „Viele Deutsche waren bereit und willens (gewesen), sich politisch zu engagieren und dabei sogar erhebliche Risiken auf sich zu nehmen, doch sie fanden keine Mittel und Wege, ihre Tatkraft in Organisationen einzubringen, die mächtig genug gewesen wären, um entscheidende Siege über die alte Ordnung zu erringen.“<sup>1022</sup>

Berlin war der Ort, an dem die Revolution von 1848 siegte und scheiterte. Dem Bürgertum blieb eine Rolle als gestaltende politische Kraft verwehrt. Es konzentrierte sich in der Folgezeit stark auf die Wirtschaft und Kultur, und wenn es sich politisch engagierte, dann auf kommunaler Ebene. Die Stadt wiederum profitierte davon. Dass die Kommune der gewaltigen Expansion, die sie im 19. Jahrhundert er-

lebte, standhalten konnte, hat maßgeblich damit zu tun, dass Köpfe wie etwa der Arzt Virchow sich für kommunale Belange engagierten. Die Stadt wurde dadurch auch für Zuwanderer attraktiv. Berlin bot eine Plattform, die in Wirtschaft und Kunst beachtliche Karrieren versprach.

## **2.5 Anfänge und Abbrüche**

Erst drei Generationen und drei Kriege später kam die Republik – als bittere, deprimierende Episode mit wenigen, aber hell leuchtenden Lichtpunkten. Sang- und klanglos ging die Monarchie nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg unter und hinterließ ein Vakuum, das die neue Republik nicht füllte. Beträchtliche Teile der politischen Eliten, die das Kaiserreich gestützt hatten, blieben intakt und drängten auf Revision. Zwar wollten nur wenige die Monarchie zurückhaben, was sie aber wollten blieb unklar. In einem allerdings waren sich die Revisionisten einig: Die Republik wollten sie nicht. Jene Kräfte, die die neue Republik unterstützten, hatten nur für einen historischen Moment eine strategische Mehrheit. Sie reichte aus, um die Republik ins Leben zu rufen, danach standen die Demokraten bis 1933 in der Defensive.

Berlin war die lebendige und zerrissene Bühne dieses Experimentierfeldes der Moderne, dessen Wirkungskraft weit über die Politik hinausreichte und das doch stets politisch war. Quer durch die Gesellschaft liefen die Konfliktlinien, in der Politik, in der Kultur und in der Wirtschaft. Alle Kräfte, die sich in die Auseinandersetzungen einmischten, betrachteten die Stadt als Gegenstand, den es galt, für ihre Zwecke zu erobern, nach dem Grundsatz, wer die Macht in Berlin hatte, der hatte sie in der ganzen Republik. Diese Rolle der Stadt bezog sich auf drei Ebenen: Als Hauptstadt der Republik war sie das politische Zentrum, das die Gesellschaft steuerte, als Hauptstadt Preußens, des mit Abstand größten Landes der Republik, waren Ausstrahlung und Sogwirkung auf die anderen Länder enorm, und als größte Kommune kam Berlin gleichfalls eine Leitfunktion zu.

Die mit Blick auf Weimar in der Regel betrachteten Konflikte beziehen sich vor allem auf die erste Ebene, die Reichsebene. Diese Auseinandersetzungen für sich genommen, hätte die Republik das Krisenjahr 1923 wohl kaum überleben können. Hier kommt die Rolle des für die Geschichte der Weimarer Republik unterschätzten Landes Preußen in Spiel.

Im Gegensatz zur nationalen Ebene war Preußen eine Hochburg der Demokratie mit einer vergleichsweise stabilen, von Otto Braun und Carl Severin geleiteten Re-

gierung. Die Art und Weise, wie Preußen demokratische Reformen umsetzte, zählt zu den erstaunlichsten Entwicklungen in der Weimarer Republik. „Preußens demokratische Sendung“ – das war der eigentliche Stabilitätsfaktor der Republik.

Auch Berlin stand eher auf Seiten der Republik, die die Realisierung einer Reihe wichtiger Modernisierungen ermöglichte. Mit der lange überfälligen Bildung von Groß-Berlin 1920 etwa wurde Berlin zu einer der modernsten und finanzstärksten Kommunen der Republik. Die Einnahmen flossen in großem Umfang in innovative Projekte, etwa in den Wohnungsbau. Die dabei von jungen Architekten geplanten Siedlungen, die den Ideen des Bauhauses und der Neuen Sachlichkeit folgten, erregen noch heute Aufsehen. Ein zweites Beispiel ist die Rolle der Stadt im deutschen Städtebund. Aufgrund ihrer Finanzsituation war Berlin der mit Abstand größte Zahler für strukturschwache Regionen. In dieser Hinsicht war die Stadt einer der aktiven und Impulse setzenden Akteure der Weimarer Republik.

Insgesamt dominiert jedoch die Rolle Berlins als Plattform. Die einander sich bekämpfenden Kräfte nutzten die Hauptstadt als Ort für ihre Auseinandersetzungen. Exemplarisch dafür steht die Nutzung der Straßen und Plätze der Stadt für zahllose Aufmärsche, Kundgebungen und Demonstrationen. Von Revolution und Bürgerkrieg bis zu den blutigen Straßenschlachten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten – in der deutschen Geschichte gibt es keine zweite Periode, in der politische Kräfte Berlins Straßen so brachial und einflussreich für Auseinandersetzungen nutzten. Ein erheblicher Teil der Politik fand auf Berlins Straßen statt, und nicht selten bestimmten die Vorgänge auf Berlins Straßen die Politik.

Die Funktion als Gegenstand war gleichfalls ausgeprägt. Insbesondere für die Nationalsozialisten und die Kommunisten spielte die Stadt als Symbol der Republik, das es zu bekämpfen, besser noch zu erobern galt, eine entscheidende Rolle. Auch auf anderer Ebene gab es eine Sicht, die Berlin und Deutschland als Gegenstand betrachtete. Das deutsche Reich war als Kriegsverlierer bis weit in die zwanziger Jahre Gegenstand internationaler Politik. Reparationen sowie außen- und innenpolitische Restriktionen belasteten die Republik und waren vielfach Gegenstand von Auseinandersetzungen auf allen Ebenen.

Insgesamt zählen die zwanziger Jahre zu den hektischsten Perioden der Stadtgeschichte. Berlin sah sich mit einer Vielzahl von Erwartungen be-, ja überfrachtet, die die Stadt gar nicht erfüllen konnte. Wie in einem Brennglas bündelten sich hier die verschiedenen Strömungen einer in sich zerrissenen Gesellschaft. Am Ende fand sie keinen gemeinsamen Nenner, weder über die relevanten Themen noch über die Formen, wie Konflikte konstruktiv ausgetragen werden sollten. Auch an integrie-

renden Persönlichkeiten in der Politik mangelte es. Die beiden Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg waren es nicht, sie wirkten allenfalls mäßigend auf die Konflikte ein, und Anfang der dreißiger Jahre war es zum Verdruss vieler seiner Anhänger ausgerechnet Hindenburg, der sich lange als einer der stärksten Verhinderer von Hitler und seiner Bewegung erwies. Die beiden auf Reichsebene charismatischsten politischen Persönlichkeiten starben viel zu früh: Walther Rathenau, Industrieller, Intellektueller und Politiker, wurde in Berlin erschossen und Gustav Stresemann starb ausgerechnet in einer der kritischsten Phasen der Republik 51-jährig am 3. Oktober 1929. Was geschehen wäre, wenn der charismatische Otto Braun sich dazu entschlossen hätte, bei der SPD-internen Debatte gegen den blässen Herrmann Müller, der 1928 Kanzler werden wollte (und wurde), anzutreten, bleibt Spekulation. Aber es zählt zu den faszinierendsten Gedankenexperimenten, sich vorzustellen, es hätte genau in dieser Zeit einen fähigen und entschlossenen Demokraten im Zentrum der Macht der ersten deutschen Republik gegeben. So zerbrach die Republik schließlich an einer Gesellschaft, die zu einem Grundkonsens weder fähig war noch ihn wirklich wollte.

Die Rolle der Kommune Berlin war während der gesamten ersten Republik schwierig. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, stand sie im Schatten der politischen Auseinandersetzung auf der nationalen Ebene. Die Debatten im Reichstag, zwischen Regierung und Opposition, innerhalb der Regierung und nicht zuletzt auf der Straße standen im Brennpunkt des Interesses. Dahinter verblasste die Rolle der Kommune, was in gewisser Weise ungerecht ist, denn eine Reihe von Leistungen, etwa bei der Verkehrsinfrastruktur, oder bei der Gestaltung der Wirtschaftskraft und der Stadtfinanzen unter Oberbürgermeister Böß, sind in ihrer Stringenz und Effektivität bis heute nicht wieder erreicht. Das Potenzial als Modell, das die Stadt hätte noch weitaus intensiver als etwa im Deutschen Städtetag ausschöpfen können, reizte die Stadt nicht aus. Am Ende versank selbst ein solider Bürgermeister wie Böß im Strudel eines absurden, nur durch das überhitzte Klima in den letzten Jahren der Republik nachvollziehbaren Skandals; wenig später entmachteten die Nationalsozialisten die Kommune ganz. Die Rolle als Subjekt bleibt zwiespältig.

## **2.6 Zusammenbrüche und Untergänge**

Was dann geschah, war durch die Vorgeschichte möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, zwingend war es keineswegs. Zweifellos lassen sich von Friedrich II. über die gescheiterte 48er-Revolution Verbindungslinien knüpfen, aber es gab in dieser Entwicklung auch zahlreiche Weichen, die in andere Richtungen geführt hätten.

Die erwähnte Kandidatur von Otto Braun als Reichskanzler wäre vielleicht eine solche Möglichkeit gewesen. Dass letztlich alle Versuche, den Nationalsozialismus zu verhindern – inklusive der „Zähmung Hitlers“<sup>1023</sup> – scheiterten, ist am Ende auch das Ergebnis des Zusammentreffens unglücklicher Umstände. Noch am 1. Januar 1933 galt Hitler als „ausgebrannt“ und als Mann von gestern, der seine Zukunft hinter sich hatte; 30 Tage später war er als Reichskanzler vereidigt.<sup>1024</sup>

Für Berlin bedeutete die nationalsozialistische Machtübernahme die tiefgreifendste Zäsur in seiner Geschichte. Die Rolle der Stadt als Subjekt, so diffus sie zuvor gewesen sein mochte, verschwand nun ganz. Berlin war für die Nationalsozialisten Gegenstand und Plattform ihrer mörderischen Ideologie. Der „Gauleiter von Berlin“, Joseph Goebbels, erzeugte gerade in der Reichshauptstadt mit seinen Inszenierungen der Macht jene Bilder und Stimmungen, „die der behäbig anmutenden süddeutschen Bewegung die Dynamik“ verliehen, die sie brauchte, um schlagkräftig zu sein. „In dem sie Unüberbrückbares scheinbar überbrückte, indem sie zusammenhielt, was eigentlich nicht zusammenpasste“,<sup>1025</sup> erreichte die Bewegung jene Breite, die erforderlich war, um ihre Macht zu verankern. Wie die Nationalsozialisten Berlin nutzten, zeigen die Olympischen Spiele, eine Inszenierung, die versuchte zu faszinieren und dem System eine freundliche Fassade zu geben. Gleichzeitig nutzte das Regime die Stadt, um in den hier angesiedelten Ministerien und anderen Organisationen die „Eroberung des Raumes“, also den Krieg, und die „Endlösung“ zu planen und ihre Umsetzung zu lenken. Insofern war die Stadt die Plattform, gelegentlich auch Schauplatz zur effektiven Umsetzung der nationalsozialistischen Ziele. In den Plänen des Architekten Albert Speer schließlich verkam die Stadt vollends zum reinen Gegenstand. Er entwarf die schaurige Kulisse einer nationalsozialistischen Megacity, die eine Zerstörung einer Stadt in einem Maß vorausgesetzt hätte, wie sie seit Neros Zeiten nicht mehr bekannt war.

Die überregionale Ausstrahlung des neuen Regimes, das eine aggressive Außenpolitik betrieb und 1939 einen neuen Krieg anzettelte, ist in fataler Weise offenkundig und braucht nicht weiter erläutert zu werden. Für Berlin wichtig ist hier, dass der Name der Stadt für ein Dutzend Jahre zum Synonym für zahlreiche Schreckensmeldungen wurde, quasi zum Ort, an dem „das Böse“ hauste. Trotz aller Zwänge zur Uniformität verschwand die Vielfalt nicht ganz, Reste blieben erhalten und selbst den Nationalsozialisten gelang es nicht, Berlin vollständig zu beherrschen. Im Untergrund gab es immer wieder – und in einer weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden Zahl – Menschen, die Verfolgte, insbesondere Juden, versteckten und ihnen das Leben retteten. Das ist neben dem Widerstand, der sich nach langem

Zögern entschloss, den Diktator zu beseitigen, was am 20. Juli 1944 tragisch misslang, eine der wenigen positiven mit Berlin verbundenen Entwicklungen der Jahre 1933–45.

## **2.7 Risiken und Chancen**

Wie tief greifend die Zäsur von 1933 gewesen war, verstanden viele der Überlebenden erst, als sich der Rauch über den Trümmern verzogen hatte. Berlin war eine Stadt der Ruinen und Trümmer, und dieser Begriff reichte weit über das rein Bauliche hinaus. Binnen kurzer Zeit erlebte die Stadt nun einen mehrfachen Rollen- und Funktionswechsel. Als Besatzungsgebiet verlor sie zunächst weitgehend jede eigene Handlungsfähigkeit und war in erster Linie Gegenstand alliierter Nachkriegspolitik, sowohl innerhalb der einzelnen Länder, die die Besatzung ausübten, als auch zwischen diesen Ländern bei bi- oder multilateralen Beratungen und vor allem auf den internationalen Konferenzen. Gleichzeitig war die Stadt Plattform der verschiedenen Politikkonzepte der Alliierten sowie der sich ab dem Sommer 1945 neu bildenden deutschen Politikansätze. Dabei schien es zunächst so, als würde das bekannte Grundmuster fortbestehen, nach dem Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin zwar in seiner Handlungsfreiheit reduziert, aber doch immerhin fortbestehen würde. Insofern bestand die überregionale Bedeutung der Stadt fort. Aber schon mit dem sich ab Herbst 1945 zwischen den Alliierten entzündenden Streit über die Zukunft Europas driftete das Land stärker auseinander. Als überregional gestaltende Kraft verlor Berlin immer mehr seine Bedeutung, während die Stadt andererseits als Problem in diesem Prozess an Gewicht gewann.

Es lag in der Logik der Situation, dass die Konflikte zwischen den Alliierten über kurz oder lang offen ausbrechen würden. Die weltanschaulichen Unterschiede zwischen den drei westlichen Demokratien Vereinigte Staaten, Großbritannien und Frankreich waren schon so groß, dass es beträchtliche Anstrengungen erforderte, eine gemeinsame Position zu finden; die Konflikte mit der Sowjetunion waren auf Dauer so gut wie unüberbrückbar. Die hohe Wahrscheinlichkeit eines Zusammenstoßes leitete sich unmittelbar aus dieser Konstellation ab, und Berlin war der prädestinierte Austragungsort dafür: Hier trafen die Kontrahenten täglich aufeinander und begegneten sich in den interalliierten Organen wie dem Alliierten Kontrollrat und der Alliierten Kommandantur. Das verband die Akteure zunächst vor allem in den Anfangsmonaten. Der Kitt des gemeinsamen Feindbildes NS-Deutschland hielt sie zusammen. Als aber die Auffassungsunterschiede über die Zukunft Europas sowie die Rolle, die Deutschland und Berlin darin spielen sollten, immer größer

wurden und das Vertrauen der Anfangszeit aufgebraucht war, wurde das Misstrauen um so größer. Im Frühjahr und Sommer 1948 eskalierte der Konflikt und mündete in die Sperrung der Zugangswege zu Lande und zu Wasser durch die Sowjets. Berlin avancierte zum ersten Schauplatz des Kalten Krieges, der jederzeit in einen heißen Krieg umschlagen konnte. Die USA und Großbritannien reagierten mit einer Luftbrücke, um eine direkte, vielleicht militärische Konfrontation mit der Sowjetunion zu vermeiden. In dieser Krise änderte sich die Rolle der Stadt in dreifacher Weise:

- In der Hierarchie wichtiger Themen – oder Gegenstände – rückte die Stadt für alle Beteiligten auf einen der obersten Plätze und genoss höchste Aufmerksamkeit. Das Risiko war hoch, dass aus dem Kalten ein heißer Krieg werden konnte.
- Im Prozess der in Gang gekommenen Ost-West-Teilung war Berlin quasi der Rest, der nicht aufging und übrig blieb. Für die Sowjetunion, in deren Besatzungszone Berlin lag, war es erforderlich, diesen Störfaktor zu beseitigen. Das konnten die USA und der Westen nicht akzeptieren, denn es hätte ihr Selbstverständnis und die Glaubwürdigkeit tief erschüttert. Die Konsequenz war die politische Teilung der Stadt nach dem Motto, wenn der ganze Kuchen nicht zu bekommen war, dann wenigstens die Hälfte. So wurde die Stadt selbst geteilt, vorerst politisch. Während der Ostsektor de facto Teil der kurz darauf gegründeten DDR wurde, lag West-Berlin inmitten des gegnerischen Gebietes, rund 200 Kilometer Luftlinie von der Bundesrepublik entfernt, deren Gesellschaftssystem es übernahm.
- In dieser Situation etablierte sich der schwächste Akteur, West-Berlin, als erstaunlich dynamisch handelndes Subjekt. Ernst Reuters Auftreten und insbesondere seine Rede vom 9. September 1948 an die „Völker der Welt“ mobilisierte einen unerwarteten Durchhaltewillen, der alle Beteiligten verblüffte. West-Berlin und die Bundesrepublik mutierten von einstigen Kriegsverlierern und -gegnern zu Verbündeten, zeitweise gar zu Freunden der Westmächte, die nun zu Schutzmächten avancierten. Ost-Berlin und die DDR wurden unterdessen zu einem der engsten Verbündeten der Sowjetunion.

Der gesamte Prozess markierte einen entscheidenden Schritt bei der Herausbildung des Systems einer bipolaren, von USA und Sowjetunion und gegnerischen Bündnissen geprägten Welt mit dem geteilten Berlin als wichtigstem Schauplatz und gleichzeitig als kritischer Schwachstelle für den Westen und für den Osten. Ideologisch avancierte die Stadt zum Schaufenster für den Westen ebenso wie

zum Schaufenster für den Osten. Gleichzeitig blieb die Stadt für die Ostdeutschen die leichteste Möglichkeit, ihr Land zu verlassen. Insofern hatte die Stadt eine überregionale, zeitweise eine weltpolitische Bedeutung.

Das neue Koordinatensystem bewirkte aber auch einen dramatischen Verlust der bis dahin gültigen überregionalen Rolle der Stadt als nationales Zentrum. Berlin verlor seine Hauptstadtfunktion für ganz Deutschland, erhielt stattdessen eine eingeschränkte, von den Sowjets abhängige Steuerungsfunktion für die DDR, während West-Berlin für den Westen zum Symbol der Teilung avancierte. Die alte Bedeutung als *die* politische, ökonomische und kulturelle Metropole im Nordosten Europas verlor Berlin nahezu ganz. Die nordischen Länder orientierten sich nach dem Krieg stark am angelsächsischen und französischen Kulturraum, und die Beziehungen nach Osten waren auf allen Ebenen tief und nachhaltig zerstört, die später durch die formalisierten Beziehungen der DDR zu Polen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern nur an der Oberfläche normalisiert wurden.

Bemerkenswert ist auch, welche Wirkungen diese Struktur auf die innerstädtische Gesellschaft hatte. Im Westen gab es de facto bis weit in die sechziger Jahre einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Ablehnung gegenüber dem Kommunismus, aber auch – und das unterschied West-Berlin von der Bundesrepublik – eine gewisse Distanz zum westdeutschen Wirtschaftswunder. Im Ostteil der Stadt gab es zur offiziellen Ideologie des auf einer antifaschistischen Grundhaltung basierenden Sozialismus bis Anfang der fünfziger Jahre durchaus Zustimmung, die erst mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und dann in der Folge des Aufstands vom 17. Juni 1953 deutlich bröckelte.

Beide Stadthälften hatten zudem in massivem Umfang ihr Bürgertum als tragende Schicht der Stadtgesellschaft verloren, zum einen durch den Krieg sowie die Verreibung und Ermordung der Juden, zum anderen durch die in beiden Stadthälften unattraktiven Entwicklungsmöglichkeiten. Die Stadtgesellschaft in Berlin wurde im Vergleich mit der Weimarer Republik uniformer und ärmer, sie verlor an Vielfalt, Lebendigkeit und Vitalität.

Der Bau der Mauer verschärfte diesen Zustand noch, bedeutete nur insofern einen Strukturwandel, als das Ausbluten Ost-Berlins und der DDR verhindert wurde. So bitter es aus Sicht der Betroffenen noch im Nachhinein ist: Die Mauer stabilisierte den Konflikt des labilen Systems des Kalten Krieges, der jederzeit hätte in einen heißen Krieg umschlagen können.

Die Rolle der Stadt als Subjekt war damit wider Erwarten keineswegs erledigt. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt nutzte in den Jahren nach dem Schock von



1961 die Stadt als Plattform und entwickelte zahlreiche originelle Ideen, um seine neue Ostpolitik zu formulieren und praktisch zu testen. Dass Berlin später zum Testfall der Entspannungspolitik avancierte, lag in der Logik dieser Entwicklung.

Die Zeit des Kalten Krieges und der Teilung hat immer noch erkennbare Spuren hinterlassen. Wie eine bleierne Zeit hing die Spaltung über der Stadt und lähmte sie. Doch trotz der Dominanz dieser Grundfigur erstickten Vitalität und Kreativität nicht ganz. Ein aufmüpfiges Moment blieb und hielt den Keim, der später zum Einsturz der Mauer führte, am Leben – in Ost und in West. Das vielleicht erstaunlichste am 9. November 1989 ist die Tatsache, dass selbst eine gelähmte und angeschlagene Stadt in der Lage war, eine Chance zu nutzen, die es eigentlich nicht gab. Zunächst entwickelte sich der Aufruhr des Sommers 1989 in der Peripherie. Das Machtzentrum der DDR schien in dieser Zeit wie statisch und unberührt. Berlin, Sitz der Machtorgane der DDR, war eher Adressat und Gegenstand der Proteste. Als die Rebellion die Hauptstadt erreichte, avancierte Berlin zur Plattform, am eindrucksvollsten vielleicht am 4. November 1989, als Hunderttausende sich am Alexanderplatz versammelten und für ein paar Stunden die Vision einer wirklich demokratischen DDR entstand. An diesem Tag entstand eine neue Qualität. Angesichts der Breite der Bewegung entwickelte sich das Gefühl, dass vielleicht doch noch mehr möglich wäre, als in der Rolle der Protestierenden zu verharren. Eine wahrhaft revolutionäre Situation. Für eine Hand voll Tage avancierte ein Großteil der Ost-Berliner Bevölkerung zum handelnden Subjekt, das zurückhaltend, klug und beharrlich die Lage verfolgte und dann handelte, als sich die Chance bot.

## **2.8 Lage, Wandel und Stellung**

Auf der Reise durch „Licht und Schatten der Vergangenheit“ war es unmöglich, dem Politischen nicht zu begegnen. Wie ein roter Faden prägt die Politik die Geschichte der Stadt von der Gründung an, zeigt sich in wechselnden Formen und mit sich wandelnden Inhalten. Stets und oftmals zur gleichen Zeit waren die formale Dimension (polity), die Prozesse (politics) und die Inhalte (policy) beobachtbar. Die Prägekraft, die sie für die Stadt und weit darüber hinaus entfaltet, ist in der Gesamtschau überraschend und stark. Die Lage, der Wandel und die Sonderstellung der Stadt im Land erscheinen dabei als auffällige Faktoren.

## Lage

Die Lage der Stadt spielt in der Vergangenheit eine bedeutende Rolle. Wer die Geschichte Europas betrachtet, stößt auf zwei starke, die politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen prägende Achsen:

- Achse 1 verläuft in Nord-Süd-Richtung und wird markiert durch jenes Geflecht von Städten und Verkehrswegen, das sich von etwa Kopenhagen und London über die Niederlande, den Rhein weiter durch Deutschland und Frankreich bis ans Mittelmeer erstreckt.
- Achse 2 kreuzt Achse 1 nördlich der Alpen in West-Ost-Richtung und verläuft von Paris über München, Wien bis zum Balkan.

Berlin lag weit abseits im nordöstlichen Sektor dieses Achsenkreuzes. Wer hier in einer vergleichsweise wenig entwickelten Region eine Rolle spielen wollte, konnte gar nicht anders, als diese besondere Lage zu nutzen und zu versuchen, eine Schlüsselstellung als Durchgangstation, Drehscheibe und Mittler zu erringen. In bescheidenem Maß gelang dies bereits im Mittelalter, aber nie in einem Umfang, der es ernsthaft ermöglichte, mit den Hauptwegen zu konkurrieren. Immerhin: Dass es gelang, einen neuen Nebenweg zu etablieren, zu erhalten und trotz aller Krisen langsam auszubauen, ist keine geringe Leistung. Zu einem Durchbruch in dieser Hinsicht kam es erst, nachdem Friedrich II. Preußen als europäische Macht etabliert hatte. Kaum war dies im 18. Jahrhundert erreicht, gefährdeten die Französische Revolution und die napoleonischen Kriege den errungenen Status. Im Grunde retteten die Reformen von oben diesen Status, und erst die kurz darauf mit Wucht einsetzende industrielle Revolution etablierte so etwas wie einen zweiten nördlichen Ost-West-Weg, auf dem sich Güter, Ideen und vor allem Menschen in zunehmender Dichte und in steigender Geschwindigkeit bewegten. Von etwa dem letzten Drittel des 19. bis zum ersten Drittel des 20. Jahrhunderts dürfte dieser Weg sogar der bedeutendere und einflussreichere als der klassische Weg am Nordrand der Alpen gewesen sein. In dieser Zeit – und Berlin spielte dabei eine tragende Rolle – erlebte Mitteleuropa eine seiner dynamischsten Entwicklungsphasen. Mit Hitler ist sie zu Ende, oder genauer: Auch wenn beileibe nicht alles Gold gewesen ist, was sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte, verwandelte nun die Nationalsozialisten diese Region mit einem mörderischen Krieg in eine Zone des Todes und der Verzweiflung. Danach erstarrte Mitteleuropa in einem Kalten Krieg in einer Art Kälteschlaf. Überlebt aber immerhin. Das Erwachen aus dieser Erstarrung hat eben erst begonnen, und Berlin hat regen Anteil an der Revitalisierung Mitteleuropas. Vor allem die Menschen östlich der Stadt haben die neuen Möglichkeiten

verstanden hat, dafür sprechen viele Anzeichen und vor allem die hohe Zahl an Polen, Russen und Menschen anderer Staatsangehörigkeit, die die Stadt jenseits des Offiziellen längst nutzen. Wann die eingeseessene Stadtbevölkerung diese neue Situation endlich zur Sprache bringt und ein Handlungskonzept daraus ableitet, ist einstweilen offen.

## **Wandel**

Der stete Wandel ist der zweite, die Geschichte Berlins kennzeichnende Faktor. Von Beginn an blieb kaum ein Status, den sich die Stadt erarbeitet hatte, über längere Zeit stabil. Das war weder im Mittelalter so, als Raubritter und die Ambitionen der Landesherrn die Selbständigkeit der Stadt bedrohten, noch zu Berlins Zeiten als Residenz. Letzteres ist scheinbar ein Widerspruch zur langen, fast 500 Jahre dauernden Herrschaftsperiode der Hohenzollern. Oberflächlich steht das scheinbar für eine große Kontinuität, doch tatsächlich ist dies nur formal der Fall, denn die Herrschaftszeit der Hohenzollern war von zahlreichen Zäsuren und Rückschlägen und erneuten Aufstiegen gekennzeichnet. Der schwierige Machtkampf um die Stellung der Landesherrn in der Stadt steht dafür ebenso wie der Niedergang während des Dreißigjährigen Krieges, die Konsolidierung unter dem Soldatenkönig, die widersprüchliche Entwicklung unter Friedrich II., die Zeit nach der Besetzung durch Napoleon sowie die 48er-Revolution. Ständig waren Berlin, Brandenburg und Preußen inneren und äußeren Anfechtungen durch Krisen, Kriege oder Zerwürfnisse ausgesetzt, die den Staat mehrfach an den Rand seiner Existenz brachten. Lange, ruhige Entwicklungsphasen gab es kaum, in der Gesamtschau wirkt die Entwicklung Preußens mit seiner Hauptstadt Berlin wie ein atemloser Parforceritt. Bleibt dies bis Mitte des 19. Jahrhunderts noch mit anderen Städten und Ländern vergleichbar, fällt Berlin spätestens dann regelrecht aus dieser Entwicklungslinie heraus. Die gewaltige Expansion und die hektische Abfolge von Königreich, Kaiserreich, Krieg und Bürgerkrieg, Republik, Nationalsozialismus, erneutem Krieg, Besatzung und Teilung sind in Europa ohne Beispiel. Ohne dass sich daraus ein Gesetz ableiten ließe: Der Wandel, den zu qualifizieren als hoffnungsloses Unterfangen erscheint – ist die einzige Konstante von Dauer.

## **Sonderstellung im Land**

Aus der Randlage und dem steten Wandel leitet sich ein dritter, die Stadt prägender Faktor ab: ihre Sonderstellung im Land. Anders als London, Kopenhagen, Paris,

Prag, Wien oder Madrid ist Berlin erst spät zur Hauptstadt des Landes geworden. Der Sitz als Residenz war mühsam Mitte des 15. Jahrhunderts erkämpft worden. Danach war Berlin Hauptstadt von Brandenburg und später des Königreichs Preußen, und dabei immer wieder mit wechselnden Rollen und Aufgaben bedacht. 1871 wurde Berlin zur Hauptstadt des Deutschen Reiches. Zwar war die politische Führungsrolle der Stadt nicht mehr umstritten, aber Berlin hatte nie eine so im Land dominierende Stellung wie Paris oder London. Die anderen großen Städte Deutschlands, in denen die Regierungen der Länder ihren Sitz hatten, waren politisch, ökonomisch und kulturell präsent. Auch diese Rolle, von Berlin aus die verschiedenen Interessen moderieren und vermitteln zu müssen, ist ein wichtiges Merkmal der Stadt.

Nach 40 Jahren Teilung hat sich die Stellung Berlins innerhalb der Bundesrepublik fundamental verändert. Als politisches Entscheidungszentrum hat die Stadt formell die stärkste Stellung im Land, ökonomisch hingegen ist Berlin überdurchschnittlich schwach. Die vergleichsweise vitale Kultur wiegt das nicht auf. Insgesamt ist Berlin somit weit davon entfernt, wie noch Anfang der neunziger Jahre vielfach diagnostiziert eine dominierende Stellung im Land zu haben. Das unterscheidet Deutschland etwa von England, Frankreich oder Tschechien, wo London, Paris und Prag die politisch, ökonomisch und kulturell dominierenden Städte ihrer Länder sind. Trotz dieses Unterschieds wird Berlin das Potenzial zur Dominanz unterstellt. Gleich wie fundiert diese Unterstellung ist, sie spricht eine grundsätzliche Frage an: Welche Stellung soll die Hauptstadt Berlin im deutschen Föderalismus einnehmen? Für die Ängste, nach denen eine dominante Hauptstadt alle anderen Städte an den Rand drücken würde, gibt es ebenso Argumente wie für die These, eine starke Hauptstadt würde eine effektivere Verwaltung des gesamten Landes unterstützen. Dass der deutsche Föderalismus seit langem dringend der Reform bedarf, wird immer wieder thematisiert; dass Berlin die Lösung sein könnte, ist vorerst zu bezweifeln.

## **2.9 Weder Vorbild noch Modell**

Bei einer Gesamtbetrachtung der Rolle der Stadt als Gegenstand, Plattform und Subjekt fällt auf, dass die letztgenannte Funktion am wenigsten häufig zu beobachten ist. Der Berliner Unwille Mitte des 15. Jahrhunderts, die 48er-Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts, die Luftbrücke, der 17. Juni 1953 und der Fall der Mauer sind die markantesten Beispiele. Drei der Beispiele endeten mit einer Niederlage der Aufbegehrenden, zwei mit einem Sieg. Wie auch immer bewertet, das Potenzial, dass eine Stadt und die hier lebenden Menschen jederzeit und unabhängig von den

Umständen sich als handelndes Subjekt und einflussreiches Subjekt etablieren können, ist ohne Zweifel vorhanden. In einer Welt der Globalisierung mit ihren zunehmenden Abhängigkeiten und Einschränkungen der Handlungsspielräume ist das nicht die schlechteste Lehre, die sich aus der Geschichte Berlins ziehen lässt.

Die oftmals ineinander übergehende Nutzung der Stadt als Gegenstand und Plattform ist weitaus häufiger zu beobachten. Für die herrschenden Eliten war die Stadt, wie schon die Analyse von Stadtbild und Architektur zeigte, stets eine Möglichkeit, das eigene Selbstverständnis auszudrücken. Kulturellen, ökonomischen und politischen Ambitionen bot Berlin stets die Chance der Umsetzung. Besonders hoch ist die mit Berlin verbundene Zahl der „Aufbrüche zu neuen Ufern“. Es gibt nur wenige Städte, in denen so viele Neuanfänge erdacht, begonnen, durchgesetzt, wieder abgebrochen wurden oder einfach versandet sind. Dabei wiesen diese Versuche – und das beschreibt vor allem die Funktion als Plattform – fast immer über die Stadt hinaus: Die Reformen nach der Besetzung durch Napoleon wurden in Berlin formuliert, galten aber für ganz Preußen, die 48er-Revolution scheiterte in Berlin und damit in ganz Deutschland, die Anfänge der Ostpolitik wurden hier erdacht und getestet, meinten aber das Verhältnis zwischen Ost und West, die Mauer wurde hier geöffnet und damit die gesamte Ost-West-Spaltung beendet. Diese über die Stadt hinausreichenden Wirkungen unterscheidet die Plattform-Funktion von der Rolle als reinem Schauplatz.

Die Funktion als Gegenstand ist im Grunde die Übersteigerung der Plattformfunktion. In letzter Konsequenz riskierte sie die Existenz der Stadt, so schon bei der Gründung, im Nationalsozialismus und im Kalten Krieg. Im letztgenannten Beispiel gab es drei große Krisen, die in eine bewaffnete Auseinandersetzung, sogar in einen Atomkrieg hätten münden können: Gemeint sind die Blockade, das Chruschtschow-Ultimatum und die Mauer-Krise. In jedem Fall gab es Weichenstellungen, die der Entwicklung hätten eine andere Richtung geben können – am dramatischsten, als sich nach dem Mauerbau am Checkpoint Charlie für einige Stunden sowjetische und amerikanische Panzer nur wenige Meter entfernt gegenüber standen.

Natürlich stehen Begriffe wie Gegenstand, Plattform und Subjekt nur für ein Modell, das hilft, die verwirrenden Vorgänge zu verstehen und zu erklären. In dieser Hinsicht bietet die Geschichte Berlins im Nordosten Europas reichhaltiges Anschauungsmaterial an Varianten und Möglichkeiten, die eine Stadt erleben kann. Voller Zäsuren, sprunghaft und oft nahe am Abgrund ist das eigentlich Erstaunliche vielleicht die Tatsache, dass Berlin immer noch besteht. Die Fähigkeit, zu überleben und sich immer wieder zu wandeln und neuen Situationen anzupassen, erweist

sich in der Gesamtschau als ebenso erschreckend wie faszinierend. Wenn die Vergangenheit Berlins eine Lehre enthält, dann vielleicht die, dass sie weder als Vorbild noch als Grundlage für Prognosen taugt: Phoenix Berlin – und das ist nichts anderes als eine Hoffnung.



### 3. Gegenwart

#### – warum Politik noch Teil des Problems ist und nicht Teil der Lösung

Die Gegenwart Berlins ist widersprüchlich und verwirrend. Nach der Euphorie in den unmittelbar auf die Vereinigung folgenden Jahren ist Ernüchterung eingeleitet. Berlin ist keine „Boomtown“ mehr und vielleicht nie wirklich gewesen, sondern gilt seit einigen Jahren als Sanierungsfall. Es gibt zahlreiche Indizien, die das untermauern: die desaströse Lage der öffentlichen Finanzen, die erschöpften, ratlosen Eliten in Politik, in Wirtschaft und in Kultur, und vor allem der verbreitete „Scheuklappenblick“, der die Stadt blind und sprachlos macht gegenüber aktuellen Aufgaben. Die Blindheit ist umfassend und bezieht sich insbesondere auf drei Ebenen:

- auf wichtige Kernprobleme in der Stadt
- auf die Mittel, sie zu lösen
- auf die Ziele, die es zu erreichen gilt

#### Probleme

Die beiden – nicht nur in Berlin – verkanntesten und am wenigsten diskutierten aktuellen Themen sind die Bevölkerungsentwicklung und die Schattenwirtschaft.

Zurzeit ist nicht genau bekannt, wie viele Menschen in Berlin tatsächlich leben. Die Statistik nennt rund 3,5 Millionen Menschen. Davon sind die Anteile der Deutschen und der Ausländer bezifferbar, ebenso die Zahlen der Alten und Jungen, der Beschäftigten sowie der arbeitslos gemeldeten Menschen und eine Menge anderer Daten mehr. Über die nicht gemeldeten Berlinerinnen und Berliner gibt es vor allem Spekulationen. Weder ist ihre genaue Zahl bekannt, die mindestens bei 200.000 und möglicherweise einem Vielfachen davon liegt, noch ihre genaue Herkunft.

Diese seit Öffnung der Mauer bestehende und offenkundig sich beschleunigende Entwicklung hängt eng zusammen mit dem Wachstum der Schattenwirtschaft. Lag sie Anfang der neunziger Jahre in Berlin noch bei etwa einem Zehntel der städtischen Wirtschaftsleistung, so wächst sie seitdem stetig und liegt aktuell bei etwa einem Viertel: Tendenz weiter steigend. Berlin ist damit Vorreiter in Deutschland.

Neben diesen Problemen, über die wenig fundiertes Wissen vorliegt und die kaum öffentlich diskutiert werden, gibt es breit debattierte Fragestellungen, allen voran die langanhaltendste und tiefgreifendste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Seit Mitte der neunziger Jahre durchlebt das Land diese tiefe Krise, die fundamental an das Selbstverständnis der Bundesrepublik rührt und den er-



reichten und sicher geglaubten Wohlstand in Frage stellt. Die Erosion der etablierten Sozialsysteme, von der Rente über die Krankenversicherung bis zur Sozialhilfe, sind die auffälligsten Symptome dieser Krise. In Berlin ist sie – wie überall in Ostdeutschland und insbesondere im Nordosten – besonders tief. Zwar ist das Problem inzwischen immerhin erkannt, aber noch leidet die Stadt unter der Vergangenheit und den Fehlentscheidungen der neunziger Jahre.

Berlin und die gesamte Region sind im Grunde seit der Weltwirtschaftskrise von 1928 von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abgeschnitten. Diese Feststellung hilft zwar bei der Erklärung des gegenwärtigen Zustandes, Rezepte für die Zukunft lassen sich daraus nicht ableiten. Die Erinnerung an die alte wirtschaftliche Größe der Vor-NS-Zeit dürfte im Gegenteil die Neigung, dies als heimliches Leitbild in die Zukunft zu projizieren, eher verstärkt und damit den Blick auf die Gegenwart noch mehr verstellt haben. Die haltlose Vision von der Dienstleistungsmetropole, die Anfang der neunziger Jahre vom Senat verkündet und verfolgt wurde, war einer jener Kurzschlüsse. Hinter ihm stand die Illusion – und das war es von Beginn an –, die Stadt mit einem Kraftakt ins 21. Jahrhundert zu katapultieren. Das misslang gründlich. Die Analysen, auf der solche Anstrengungen fußten, waren zu dürftig und die gezogenen Schlüsse zu banal. Für wen sollten die neuen Dienstleistungen erbracht werden? An was für Dienstleistungen war gedacht? Wer sollte sie nachfragen und zu welchem Preis? Und wer hat je ernsthaft geglaubt, die deutschen Finanzzentren sähen tatenlos zu, wenn Berlin sich anschickte, in diesem Sektor eine Führungsrolle zu übernehmen?

Im Rückblick klingen solche Fragen rhetorisch und polemisch – sie sind es nicht. Dass sie erst jetzt, etwa von der Presse und der Wissenschaft, gestellt werden, zeigt, wie weit entfernt von der Realität nicht nur die Politik, sondern die gesamte Gesellschaft mit ihrer Wahrnehmung lag. Auch die Presse und die Wissenschaft, um bei diesen Beispielen zu bleiben, haben die Visionen zu Beginn der neunziger Jahre geglaubt, verbreitet und nicht zuletzt von ihnen gelebt.<sup>1026</sup>

Berlin leidet also nach wie vor an den Folgen solcher Fehlwahrnehmungen. Gemeinsam mit den noch nicht oder nicht in vollem Umfang wahrgenommenen, aber ohne Zweifel existierenden Problemen entsteht ein eigentümliches Gemisch, das die aktuelle Lage charakterisiert. Aus der bestehenden Krise kann nur dann ein Weg gefunden werden, wenn es im ersten Schritt gelingt, möglichst alle, auch die bislang verdrängten Faktoren zur Kenntnis zu nehmen, zu diskutieren und Schlüsse

daraus zu ziehen. Der Problemkatalog, den die Berliner Stadtgesellschaft und die Berliner Politik derzeit auf der Tagesordnung hat, ist längst noch nicht vollständig.<sup>1027</sup>

Das erklärt, warum die Fähigkeit der Stadt zur Selbstbestimmung zu Beginn des 21. Jahrhunderts gering ist. Ein selbstbewusst und etwa in der Wirtschaft zielgerichtet handelndes Subjekt ist Berlin nicht, und ob die „Global Cities“ Berlin als relevanten Faktor oder wenigstens als Potenzial überhaupt wahrnehmen, ist zweifelhaft. Derzeit ist die Stadt nicht einmal annähernd in der Lage, sich selbst zu ernähren, sie hängt am „Tropf“, lebt von den Resten der Substanz und von Schwarzarbeit. Berlin ist kein Subjekt der Ökonomie, allenfalls Gegenstand der Ökonomie und dabei nicht einmal ein besonders attraktiver. Wirtschaftliche Entscheidungen werden andernorts getroffen. Dieses Dilemma wiegt von allen Problemen einstweilen am schwersten.

Als Plattform ist die Stadt interessanter. Getragen von der Euphorie der Vereinigung sind eine Reihe neuer Unternehmenssitze nach Berlin gekommen. Auch die „New Economy“ und eine Reihe von Unternehmen aus dem Kreativbereich haben sich in Berlin angesiedelt. Starke Cluster für einen selbst tragenden Aufschwung sind daraus nicht erwachsen. Dass Berlin in dieser Hinsicht Potenziale hat, wird der Stadt immer wieder attestiert. Noch aber ist jedoch unklar, worin diese Potenziale im Einzelnen bestehen. Da die Politik dies nicht erkennt und nicht handelt, handeln die Menschen. Viele der nicht gemeldet hier Lebenden nutzen Berlin als ökonomische Plattform. Knapp eine Autostunde von der polnischen Grenze entfernt, wirkt die östlichste Stadt des Westens mit ihrem Wohlstand wie eine Einladung. Sie wird angenommen und genutzt, um hier Löhne für die eigene Arbeit zu erzielen, die in Polen und weiter östlich vorerst unerreichbar sind. Richtig betrachtet ist auch das ein Potenzial. Dass Menschen, deren Land vor zwei Generationen von Deutschland überfallen und verheert wurde, die Hauptstadt des einstigen Aggressors wieder als attraktiv wahrnehmen, ist ohnehin eine erstaunliche Wendung, die noch vor ein bis zwei Dekaden als völlig undenkbar gegolten hatte. All dies verdeutlicht, dass eine stadtökonomische Gesamtanalyse ebenso aussteht wie der Versuch, die Potenziale – und der Streit, was darunter zu verstehen wäre, würde lohnen – klar zu definieren und konsequent zu nutzen.

In der Kultur sind die Rollen Berlins etwas anders verteilt. Zumindest in diesem Fall ist die Stadt ein relevanter Akteur und zählt trotz aller Defizite zu den nationalen und teilweise auch international kreativen Impulsgebern. Das gilt für das Musikleben,

die Clubszene, für einige Theater, für die Exponate – nicht für die Präsentation – der Museen und für einige andere Bereiche. Auch wenn die Institutionen zum Teil erstartet und reformbedürftig sind, wie das Stadtmuseum, insgesamt ist das Potenzial eines der größten und attraktivsten in Europa.

Als kulturelle Plattform ist die Ausstrahlungskraft Berlins enorm und reicht weit über das Land hinaus. Das kreative Klima, die Offenheit, die Möglichkeit, mit vergleichsweise wenig Aufwand beachtliche Aufmerksamkeit zu erzielen, und nicht zuletzt die günstigen Lebenshaltungskosten haben in den neunziger Jahren zahlreiche Künstler nach Berlin gezogen. Insbesondere aus Osteuropa und Skandinavien sind bildende Künstler, Musiker und Schriftsteller nach Berlin gekommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Dass einer der derzeit besten zeitgenössischen Berliner Schriftsteller ein Russe ist – Wladimir Kaminer – illustriert diese Entwicklung.

Die Rolle der Kultur als politische als ist schwerer zu beurteilen. Im Grunde lässt sie sich nur an der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Bund und Land Berlin festmachen. Vordergründig geht es dabei um Finanzen. Da das Land Berlin seit der Vereinigung konzeptionell und finanziell mit seinen kulturellen Aufgaben deutlich überfordert ist, springt der Bund von Zeit zu Zeit in die Bresche. Inzwischen hat er eine Reihe von Institutionen oder Festivals mit überregionaler Strahlkraft übernommen oder beteiligt sich daran. Das ist ehrenwert, folgt aber noch keinem erkennbaren Konzept. Die Frage der Kulturhoheit der Länder, ein gewichtiges Argument, spielt in diesem Prozess keine größere Rolle. So lange dies aber nicht ernsthaft thematisiert wird, bleibt es bei pragmatischen, von Haushaltsnöten diktierten und letztlich willkürlichen Aktionen.

Dieses Muster findet sich auch bei der Kulturpolitik des Senats. Es ist schwer bis unmöglich, hier Prioritäten nachzuvollziehen. Warum Theater, Orchester, Museen, Festivals usw. jene Budgets erhalten, die sie bekommen, und andere nicht, dafür gibt es aktuell keine überzeugende Begründung. Gewachsene Strukturen und die Logik der daraus erwachsenen Situation haben den Horizont zu scheinbar rationalen Sachzwängen verengt. Die bescheidenen Versuche, in den neunziger Jahren Kriterien zu entwickeln, griffen zu kurz und sind stecken geblieben. Ein schlüssiges Konzept für die kulturellen Institutionen zu entwickeln, zählt deshalb zu den derzeit unbearbeiteten Kernaufgaben aktueller Berliner Kulturpolitik. Bislang ist nicht erkennbar, dass dies von den politisch Verantwortlichen so gesehen wird.

In der Landespolitik ergibt sich ein vergleichbares Bild. Verschiedene Teilsysteme, etwa die Verwaltung, die Wissenschafts- und Forschungspolitik, das Stadtmarketing, die Bemühungen um die Agenda 21 oder große Infrastrukturmaßnahmen wie

der Großflughafen Schönefeld stehen beispielhaft dafür. Für keines der Politikfelder gibt es überzeugende konzeptionelle Ansätze oder – wenn es sie gibt – scheitern sie, wie beim Flughafen, bei der Umsetzung. Es scheint, als säße die Politik in einem Käfig und fände keinen Weg heraus. Selbst scheinbar einfache Aufgaben wie die Bündelung der Kompetenzen der Wirtschaftsförderung in einer One-Stop-Agency gelingen nicht. Woran liegt das?

Immer wieder diskutierte Ansätze wie ungenügende Strukturen – etwa das Fehlen der Richtlinienkompetenz des Regierenden Bürgermeisters –, undurchschaubare Prozesse – etwa die von zahlreichen Akteuren betriebenen, unkoordinierten und vielfach sich sinnlos überschneidenden Stadtmarketingaktivitäten – oder die Auswahl des politischen Personals berühren Kernbereiche des Problems. Auch spielen zur Tradition erstarrte Muster eine entscheidende Rolle. Berlin hat zum Beispiel „traditionell“ schwache Stadtregierungen. Die Stadt ist von den Bezirken her gedacht, und dieses aus der Gründung Groß-Berlins herrührende Erbe hat die Eliten des 20. Jahrhunderts geprägt.<sup>1028</sup> Böß, Reuter, Brandt und Weizsäcker waren hier die Ausnahme der Regel schwacher Bürgermeister. Sicher sind Reformen hilfreich und vielleicht gelingt es in absehbarer Zeit, den Regierenden Bürgermeister mit der Richtlinienkompetenz auszustatten. Aber ist das das Problem? Liegt es an den Werkzeugen, dass die Bürgermeister so schwach sind und die Stadt nicht vorankommt? Oder am Auswahlverfahren? Zur Erinnerung: Bürgermeister wie Reuter oder Brandt haben größere Probleme mit geringeren Mitteln geschultert.

Der Kern des Problems liegt in der Haltung zum Verhältnis von Konflikt und Konsens. Wer die Landesverfassung betrachtet und nur überschlägig die im Prinzip daraus ableitbaren Rechte budgetiert, wird schlicht verzweifeln. Dies ist nicht falsch zu verstehen als Plädoyer gegen die Landesverfassung, diese spiegelt vielmehr, was sich an Ansprüchen in den vergangenen zwanzig bis dreißig Jahren angesammelt hat. Bezeichnend ist die dahinter stehende Haltung. Der Anspruch, möglichst jeden Wunsch berücksichtigt zu wissen und in den Verfassungsrang zu erheben, offenbart einen Hang zu Harmonie und ist zugleich der hoffnungslose Versuch, es allen recht zu machen. Das führt die Gesellschaft letztlich in eine völlige Lähmung. Das „Prinzip Verantwortung“<sup>1029</sup> verkümmert und die Gesellschaft erstarrt in einem Wust unüberschaubarer Normen. Mehr Mut zum Konflikt – im Bewusstsein und kühler Kalkulation der Risiken – ist also unabdingbar.

Die Praxis zeigt, wo anzusetzen ist. Im Sommer 2003 veranstaltete die engagierte Werkstatt der Kulturen an Pfingsten wieder einmal den „Karneval der Kulturen“.

Ein schönes Fest mit einem weltoffenen und Berlin angemessenen Konzept, das mehrere Hunderttausend Besucher anzog. Dabei kam es zu einem tragischen Zwischenfall. Nach einem heiter verlaufenen Tag und einer gelungenen Parade erreichte am Abend ein heftiges Gewitter die Stadt. Eine Windbö erfasste am Blücherplatz ein mehrere Meter hohes Gerüst und riss es um. Die Trümmer verletzten drei Menschen schwer.

Nun begann eine Debatte, die den Berliner Scheuklappenblick in typischer Weise illustriert und die Haltung der Beteiligten offenbart. Sehr rasch wurde die Frage nach der Schuld gestellt. Hatten die Veranstalter rechtzeitig das Problem erkannt? Hatten sie vor dem nahenden Unwetter gewarnt? War das Gerüst ordnungsgemäß gebaut? Alles Fragen, die gestellt werden müssen und die schon am Tag nach dem Unfall breit in Presse, Hörfunk und Fernsehen diskutiert wurden.<sup>1030</sup> So richtig und wichtig diese Diskussion ist, ein entscheidender Aspekt wurde nicht angesprochen: Er betrifft die Tatsache, dass jeder, der an einer Veranstaltung mit mehreren Hunderttausenden Besuchern an einem Tag, an dem permanent in den Medien vor dem herannahenden Unwetter gewarnt wurde, teilnimmt, ein Risiko eingeht. Also Verantwortung trägt, wie der Veranstalter, der Gerüstbauer und viele andere mehr. Es gibt ein Risiko der Lebensführung.

Dieses Wissen und die Fähigkeit, danach zu handeln, ist der Berliner Gesellschaft – und nicht nur ihr – weitgehend abhanden gekommen. Vielleicht muss die Politik wieder lernen, solche Risiken zu erkennen und den Mut haben, klar und deutlich darauf hinzuweisen. Das bedeutet auch den Mut zum Konflikt und das Wissen, dass es auf Dauer nicht gelingen kann, es allen recht zu machen.

## **Mittel**

Die Frage der Haltung neu thematisiert lässt die Debatte über die Instrumente der Politik in neuem Licht erscheinen. Ein wichtiges – vielleicht das wichtigste – Mittel der Politik in einer modernen Demokratie, um Probleme zu lösen und Ziele zu erreichen, ist der Dialog. Das ist in den achtziger und neunziger Jahren in Vergessenheit geraten. Kein Regierender Bürgermeister oder anderer Politiker hat einen Dialog mit der Bevölkerung ernsthaft versucht. Die üblichen Ansprachen zum Jahresende, die Auftritte im Abgeordnetenhaus, auf Veranstaltungen aller Art – stets wirkten die Auftritte wie zum Ritual erstarrte Pflichtübungen.

### Habitus und Stil

Seit dem Mauerfall hatte Berlin drei Regierende Bürgermeister:

- Walter Momper, der Mann mit dem roten Schal, war Anfang 1989 überraschend an die Macht gekommen, nachdem Diepgen abgewählt worden war. Er unternahm erste entscheidende Schritte auf dem Weg der Zusammenführung von Ost- und West-Berlin. Der Vereinigung stand er lange skeptisch gegenüber und begriff die damit verbundenen Potenziale nicht.
- Eberhard Diepgen dominierte die erste Dekade nach der Vereinigung. Der Ehrgeiz, aus Berlin eine bedeutungsvolle Metropole zu machen war groß, die Analysen und Methoden dilettantisch. Am Ende scheiterte der große Anlauf: Die Olympiabewerbung, der Großflughafen und die Bankgesellschaft scheiterten mit und hinterließen riesige Defizite
- Klaus Wowereit kam mit einem eindrucksvollen Kraftakt ins Amt. Auffällig ist bislang der neue Stil und der lustvolle öffentliche Auftritt des Bürgermeisters auf dem gesellschaftlichen Parkett.



Bei genauerer Betrachtung der letzten drei Bürgermeister Diepgen, Momper und Wowereit ist nicht erkennbar, was diese Politiker antreibt, außer dem Drang zur Macht. Momper etwa kämpfte sichtlich mit der plötzlichen Einheit. Die neue Situation versuchte er mit einem Krisenmanagement zu bewältigen, aber es gab weder ein Konzept noch eine halbwegs neue Idee, um der Stadtgesellschaft das Gefühl zu geben sie werde gebraucht. Seine Rede am 10. November 1989 auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses, die in dem Satz gipfelte „Berlin, jetzt freue dich“, enthielt keine zukunftsweisende Botschaft. Fast schien es, als sei der Regierende Bürgermeister der Einzige, der deutliche Schwierigkeiten hatte, zu verstehen, was sich gerade auf den Straßen ereignete. Vor allem im Kontrast mit der irritierenden Rede von Brandt, der spürte, dass „jetzt zusammenwächst, was zusammengehört“, wird deutlich, dass die Aufforderung zur Freude nicht ausreichte. Von der Politik erwartete die Bevölkerung mehr.

In anderer Weise trifft dies auch auf den Bürgermeister Diepgen zu. Was an Ideen und Visionen in den neunziger Jahren geboten wurde, war weder neu noch angemessen. Natürlich ist die Zusammenführung der Verwaltung eine beachtliche Leistung. Doch eine neue Identität wuchs daraus nicht. Der permanente Vorwurf der Blässe, mit dem sich dieser Bürgermeister konfrontiert sah, ist sicherlich hart, aber im Kern begründet. Die Visionen, die schließlich verkündet und lange verfolgt wurden, hielten gründlichen Analysen nicht stand, die Menschen spürten das und reagierten zunehmend mit Gleichgültigkeit. Von der Olympiabewerbung über das neue Finanzzentrum bis zur Dienstleistungsmetropole sind die Visionen durchweg gescheitert und verschlangen wertvolle Ressourcen. Darüber wurde übersehen, dass inzwischen ganz neue Probleme entstanden, wie Berlins Rolle als Ost-West-Drehscheibe im Untergrund, und der Politik fehlte die Sprache, sie überhaupt zu benennen. Wer die Probleme der Gegenwart nicht beherrscht, den verschlingen sie – unter diesem bitteren Motto versank die Ära Diepgen-Landowsky schließlich in einer Kette von Skandalen.

Der Regierende Bürgermeister Wowereit versprach frischen Wind. Der Coup, mit dem er an die Macht gelangte, war ein eindrucksvolles Lehrstück. Doch was folgte? Außer den endlosen Sparrunden, die nach wie vor an den Symptomen und nicht an den Ursachen ansetzen, ist bislang kein schlüssiges Konzept erkennbar. Die Tatsache, dass die Stadt immer noch weit über ihren Verhältnissen lebt und weit mehr ausgibt, als sie einnimmt, scheint sich erst langsam im Bewusstsein festzusetzen. Bislang sind in keinem Politikfeld Innovationen erkennbar, die dem aktuellen Wandel angemessen erscheinen.

Bezeichnend für alle drei Regierenden Bürgermeister: Es ist nicht gelungen, eine angemessene Sprache für die aktuellen Aufgaben zu finden und in einen Dialog mit der Stadtgesellschaft zu kommen. Gegen diese Diagnose lässt sich einwenden, dass es angesichts der Vielfalt öffentlicher Stimmen in allen Medien immer schwieriger wird, ein Profil zu entwickeln. Der Einwand ist stichhaltig, allerdings wird es nicht einmal ernsthaft versucht. Immerhin gab es mit dem Stadtforum einen bescheidenen Ansatz mit doch beachtlichen, über die Stadt hinausweisenden Ergebnissen. Was fehlt, ist also ein Konzept und entschlossene Akteure, die die verschiedenen Instrumente in einen Zusammenhang bringen und deutlich machen, wozu sie eingesetzt werden sollen. Dem Dialog mit und zwischen der Stadtbevölkerung kommt dabei die Schlüsselrolle zu. Ihn ernsthaft zu versuchen, ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre, wichtiger als die Realisierung der Richtlinienkompetenz für den Regierenden Bürgermeister.

## **Ziele**

Dialog ist nur dann sinnvoll, wenn es ein Thema gibt, über das zu sprechen sich lohnt. Und daran herrscht, wie die Reisen durch die Gegenwart gezeigt haben, kein Mangel. Zu diskutieren wäre beispielsweise die Rolle, die Berlin spielen soll und kann. Bislang hat die Stadt weder in der Bundesrepublik noch in Europa ihre Rolle gefunden. Üblicherweise wird hier die Lage Berlins als größte Stadt im Nordosten Europas angeführt, doch das ist nicht alles. Wenn hier von Lage, oder besser: Stellung gesprochen wird, ist dreierlei gemeint:

- die historische Rolle Berlins innerhalb des Vereinigungsprozesses und dessen Folgen
- die Stellung Berlins innerhalb der Bundesrepublik, insbesondere die Rolle der Stadt im deutschen Föderalismus
- die Stellung der Stadt im Nordosten Europas

Berlins Rolle innerhalb des Einigungsprozesses ist ein betrübliches Thema. Zum einen ist es zu keinem Zeitpunkt gelungen, die Vorreiterrolle innerhalb der Stadt oder nach außen zu vermitteln. Das Verdienst, binnen weniger Jahre zwei Administrationen zu einer Verwaltung zusammengeführt zu haben, barg in dieser Hinsicht ein beachtliches Potenzial, das unausgeschöpft blieb. Die Begleiterscheinungen mit desorientierten und wenig motivierten Beamten und Angestellten, endlosen Überhanglisten und die zeitweise Einschränkung der Leistungsfähigkeit einzelner Behörden haben die Gesamtstimmung so gedrückt, dass die Verdienste dahinter zu



verschwinden schienen. Auch die überregionalen, in der Stadt durch die Treuhandanstalt und die Behörde mit den Stasi-Unterlagen erbrachten Leistungen sind fast ohne Echo verhallt. Auch wenn sich im Detail vieles an der Arbeit beider Institutionen kritisieren lässt, die Tatsache, dass eine gesamte Volkswirtschaft vom einen in ein anderes Wirtschaftssystem überführt wurde und die Aktivitäten eines Sicherheitsdienstes in einer beispiellosen Weise offen gelegt werden konnten, machen es im Nachhinein verwunderlich, wie gering das Echo war.

Dabei waren die Erwartungen groß. Wolfgang Schäuble formulierte seine Gefühle so: „Auch 13 Jahre nach dem Fall der Mauer“, schrieb er 2002, „fällt es uns nicht leicht, die Folgen von über 40 Jahren Teilung zu überwinden. Berlin hätte in diesem Prozess Vorbild sein können und müssen und ist es nicht gewesen.“<sup>1031</sup> Gerade aus dem Mund des Politikers, dessen eindrucksvolles Plädoyer im Deutschen Bundestag entscheidend dazu beigetragen hatte, die Hauptstadtfrage zugunsten Berlins zu entscheiden, klang dieses Bekenntnis besonders bitter. Schäubles Zwischenbilanz ist hart aber deutlich: „Lange Zeit hat die Teilung Berlins stärker fortgewirkt als im Rest des Landes. Auch wenn man sich klar macht, dass sich in der Stadt die Probleme unmittelbarer und härter stellen als in der Weite des Landes, bleibt der Befund ... unbefriedigend.“

Schäubles Einwurf verhallte ungehört – und hätte doch ein kleines Erdbeben auslösen müssen. Dass dies nicht geschah, dass das eigentliche Thema, das hinter seinem Einwurf stand, die Frage „Was leistet die Hauptstadt für das gesamte Land und welche Rolle spielt die Hauptstadt im föderalistischen Deutschland?“, bis heute in Berlin nicht angemessen diskutiert wird, wirft ein Schlaglicht auf den Zustand der Stadtgesellschaft und ihrer politischen Eliten. Diese unglaubliche Ignoranz provoziert geradezu die periodisch auf Berlin niederprasselnden Diagnosen – „die Rolle Berlins war die Fehlkalkulation der neunziger Jahre“<sup>1032</sup> – und Polemiken, die zuletzt im wütenden Appell „Vergesst Berlin“ gipfelten.<sup>1033</sup>

Ein drittes zentrales Thema ist Berlins Rolle im Nordosten Europas. Sie bleibt vorerst undefiniert. Kernelement für eine Einschätzung ist die Bevölkerungsentwicklung. Die Anfang der neunziger Jahre gemachten Prognosen sahen Berlin in kurzer Zeit auf fünf und mehr Millionen Einwohner anwachsen. Das erwies sich als Irrtum, stattdessen erscheinen vier Möglichkeiten als realistisch:

- Berlin folgt dem generellen Trend in Deutschland zur Überalterung und zur Ausdünnung im Nordosten. Viele Anzeichen sprechen für diese Variante, und die Bevölkerungsstruktur spiegelt dies zu einem beträchtlichen Teil wider. In

klassischer Sicht ist dies vor allem ein Problem, weil daraus Belastungen für die Sozialsysteme folgen und der gewohnte Wohlstand, der nie alle erreichte, nicht zu halten ist. Diese Entwicklung als Chance zu begreifen, die insbesondere die Erfahrungen der „Alten“ vielleicht auch als Potenzial versteht, könnte ein spannender Ansatz sein.<sup>1034</sup>

- Ein zweiter Trend ist Berlins Rolle als Magnet für junge Menschen.<sup>1035</sup> Vor allem die Offenheit und die Möglichkeiten, die Stadt als Experimentierbühne zu nutzen, zieht jüngere Menschen magisch an: Bislang gelingt es der Stadt jedoch viel zu wenig, kreative Potenziale dauerhaft an sich zu binden. Die Verjüngung vergrößert zudem die Diskrepanz zum Umland und stärkt dort den Trend zur Überalterung.
- Eine dritte Möglichkeit, die möglicherweise zum Trend wird, ist es, außereuropäische Potenziale anzuzapfen.<sup>1036</sup> Die Greencardregelung für indische IT-Spezialisten war ein erster Schritt auf diesem Weg. Das Potenzial ernsthaft erkannt, würde Berlin erneut zum bevölkerungspolitischen Experimentierfeld.
- Der vierte Trend ist Berlins Rolle als Tor zum Osten, auch wenn es derzeit vor allem umgekehrt als Tor zum Westen genutzt wird. Dies ist vorerst der spannendste Trend. Er lässt sich als Problem, aber auch als Herausforderung begreifen. Bislang geschieht weder das eine noch das andere. Wenn Menschen aus dem Osten Berlin dennoch als attraktiv empfinden und, gewollt oder nicht, einfach kommen, gibt es zwei grundsätzliche Handlungsmöglichkeiten:
  - Es lässt sich auf dem aktuellen Status bestehen, dass illegal in Berlin lebende Menschen ausgewiesen werden müssen. Das wäre immerhin eine Haltung. In der Konsequenz würde die Frage zum Thema der Administration, und letztlich müsste die Polizei diese Menschen ausweisen. Das ist im Grundsatz die Sicht der offiziellen Politik. In der Praxis scheitert sie schon jetzt an den verfügbaren Mitteln, die Polizei kann dieses Problem schon aufgrund fehlender Mittel nicht mehr lösen. Das Festhalten an tradierten Sichten ist zwar ein geübtes Verhaltensmuster, verkennt aber die Realität.
  - Die zweite Möglichkeit besteht darin, das Thema – eng verknüpft mit der Frage der Schattenwirtschaft – offensiv zu diskutieren und zunächst einmal zu einer fundierten Analyse zu kommen. Und wer hindert dann Berlin daran, neue, unkonventionelle Vorschläge zu entwickeln? Willy Brand hat 1961 in einer Situation größter Bedrängnis nichts anderes getan. Seine Politik der kleinen Schritte war letztlich ein außenpolitischer

Ansatz, der einer Landesregierung gar nicht zustand. Doch der unmittelbare Problemdruck erwies sich als so groß, dass niemand ernsthaft etwas gegen die Berliner Aktivitäten unternehmen konnte. Das ist eine Blaupause.

Themen für Dialoge gibt es also zuhauf. Berlins politische Eliten greifen sie vorerst nicht auf.

Alle Reiseerfahrungen bilanziert, hat sich eine Stadtregierung im Kern um vier Themen zu kümmern. Sie sind zugleich Kriterien, um ihre Politikfähigkeit zu beurteilen. Dazu zählen:

- „1. innerer und äußerer Frieden und Eindämmung kollektiver Risiken (*Sicherheit*)
2. Rechtssicherheit (*Recht*)
3. Sicherung von Verfahren der politischen Entscheidungsbeteiligung (*Partizipation*)
4. wirtschaftliche Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit (*soziale Wohlfahrt*)“<sup>1037</sup>

Je weniger diese Ziele erreicht werden, desto mehr schwindet die Regierungsfähigkeit. Mit Blick auf Berlin lassen sich Rechtssicherheit und Partizipation als noch befriedigend bewerten. Wirtschaftliche Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit erreicht die Stadt aber keinesfalls. Und das Risiko, dass die Schulden der Stadt mittelfristig zu einem existenzgefährdenden Risiko werden, ist hoch.

Die anfängliche Hoffnung, dass Politik die Lösung sein möge, lässt sich für Berlin vorerst nicht belegen. Einstweilen ist die Berliner Politik eher Teil des Problems denn Teil der Lösung. Dabei gibt es Blaupausen für Wege aus der Gefahr. Weshalb nicht zum Beispiel aus historischen Erfahrungen lernen? Warum nicht, wie nach der Mauerkrise, Verwaltungsfachleute und andere Experten in einer kleinen Werkstatt versammeln und Handlungsszenarien entwickeln, in denen auch das gedacht wird, was undenkbar scheint? Warum nicht die einfachen klaren Tatsachen aussprechen, die gesichert sind: Dass die Stadt mehr ausgibt, als sie einnimmt und eine Kultur des Schließens wird lernen müssen. Vielleicht ist die Bevölkerung ja weiter, als die politische Elite glaubt und vielleicht wartet sie darauf, gefordert zu werden.



## 4. Theorie

### – warum und wie die Dichte Beschreibung funktioniert

Welche Erkenntnisse ergeben sich aus der „intensiven Beschreibung“ Berlins und lassen sich daraus Schlussfolgerungen für den methodischen Ansatz ziehen? Die Idee der „Dichten Beschreibung“ von Clifford Geertz fordert drei Kriterien: Verdeutlichung des Kontexts, Deutung und Genauigkeit. Diese Arbeit hat versucht, alle drei Kriterien zu berücksichtigen, mit unterschiedlichem Erfolg. Klar geworden sind die Deutung Berlins als politische Stadt und die Betonung des Kontexts, in dem sich die Stadt in den unterschiedlichsten Epochen entwickelte. Mängel ergeben sich bei der Genauigkeit. Diese Forderung steht im Konflikt mit dem Versuch, einen Gesamtblick auf die Stadt zu werfen in der Hoffnung, dies helfe bei der Beurteilung. Doch trotz der umfangreichen Reisen durch verschiedene Welten war der Blick natürlich nicht allumfassend, bei zahlreichen Stationen wäre es ohne Schwierigkeiten möglich gewesen, noch weitaus „genauer“ zu sein. Dass bei einer Tour d' Horizon die ein oder andere Fragestellung nur oberflächlich behandelt werden kann, liegt in der Natur des Unternehmens. Dieser Konflikt wäre wohl nur um den Preis einer umfangreicheren Arbeit lösbar, wobei der zusätzliche Erkenntnisgewinn fraglich scheint.

Trotz der Mängel fördert der Ansatz einige Erkenntnisse zutage. Er bringt Kernbereiche einer Stadtgesellschaft, hier Wirtschaft, Kultur und Politik, in ein Verhältnis zueinander, macht Dimensionen und Beziehungen deutlich. Angesichts der fiskalischen Dimension, die etwa die Kultur insgesamt im Landeshaushalt einnimmt, sind Debatten wie der Opernstreit in budgetärer Hinsicht lächerlich. Wichtig sind sie als Themen, an denen sich Stil und Haltung einer Stadtgesellschaft profilieren. Die Kultur jedenfalls verschlingt das Geld nicht. Wer bedenkt, welche Wirkung sie erzielt und mit wie wenig Budget dadurch internationale Medienpräsenz erreicht wird – große Unternehmen geben ein Vielfaches aus und erzielen weit geringere Wirkung –, müsste noch zwei neue Opern gründen.

Die großen Summen des Budgets verschlingen das Personal, die Zinsen für die Schulden und die Sozialhilfe. Allein die Schulden beliefen sich am 21. März 2002 auf 47.690.186.208 Euro. Die Ausgaben für Personal liegen bei jährlich rund 7 Milliarden Euro<sup>1038</sup> und das Berliner Sozialhilfebudget umfasst 2003 rund 1,87 Milliarden Euro – mehr als doppelt so viel wie im Länderdurchschnitt, der bei 0,93 Milliarden liegt. Wer hier nicht ansetzt, lügt sich in die eigene Tasche – und noch geschieht das.

### Das Prinzip Verantwortung

Das 1979 erschienene Buch des Philosophen Hans Jonas ist eine Antwort auf Ernst Blochs berühmtes und einflussreiches Werk *Das Prinzip Hoffnung*. Während Bloch in die Zukunft schaut, hat Jonas vor allem die Gegenwart im Sinn. Er beginnt seine Analyse mit den Sätzen:

“Der endgültig entfesselte Prometheus, dem die Wissenschaft nie gekannte Kräfte und die Wirtschaft den rastlosen Antrieb gibt, ruft nach einer Ethik, die durch freiwillige Zügel seine Macht davor zurückhält, dem Menschen zum Unheil zu werden. Dass die Verheißung der modernen Technik in Drohung umgeschlagen ist, oder diese sich mit jener unlösbar verbunden hat, bildet die Ausgangsthese des Buches. Sie geht über die Feststellung physischer Bedrohung hinaus.”

Am Ende steht die Erkenntnis:

“So wenig wie die Hoffnung darf auch die Furcht dazu verführen, den eigentlichen Zweck – das Gedeihen der Menschen in unverkümmerter Menschlichkeit – auf später zu verschieben und inzwischen ebendiesen Zweck durch die Mittel zuschanden zu machen.”



In einer weiteren Hinsicht kann diese Arbeit vielleicht sogar die Methode der „Dichten Beschreibung“ ergänzen. Die Kriterien, den Kontext zu beschreiben, eine Deutung zu bieten und dabei genau zu sein, lassen sich erweitern um einen Hinweis, wie dies geschehen kann: Es ist sinnvoll, vom Gegenstand ausgehend, die geforderten Kriterien nach einem bestimmten Raster zu erfüllen. Eine thematische Zuspitzung sowie die Einnahme unterschiedlicher Perspektiven – hier horizontale und vertikale Reisen – helfen, das Thema zu strukturieren und analytisch in den Griff zu bekommen.

Die Reisen erwiesen sich als Annäherung in mehreren Schritten. Die Beschreibung der Landschaft, der gebauten Stadt und der dort lebenden Menschen waren so etwas wie der erste Eindruck, der sich schrittweise durch immer genaueres Hinsehen zu einem Bild fügte. Die einzelnen Blicke bauten aufeinander auf und bedingten einander. Dem folgte der Gang in die Tiefe, in die Geschichte der Stadt, die sich erst auf den zweiten Blick erschließt und interpretierbare Muster erkennen lässt. Beides zusammen bildete wiederum die Basis für eine analytische Durchdringung der Gegenwart. Dass dabei einzelne Phänomene mehrfach beschrieben werden, hat durchaus seinen Reiz, weil sie unterschiedliche Blickwinkel und Zusammenhänge eröffnen. Vielleicht ist diese Erfahrung für andere Forscher nützlich, die mit der Methode der Dichten Beschreibung arbeiten.





## 5. Praxis

### – warum und wie die Probleme zu lösen sind

Was tun? Lassen sich die Erkenntnisse in der Praxis benutzen, lassen sich daraus Schlüsse oder gar Konzepte ableiten? Ziel der Arbeit war es in erster Linie, ein Verständnis für die Stadt zu erreichen, ihre Herkunft zu skizzieren, einige der drängendsten Herausforderungen der Gegenwart zu beschreiben und zu erklären, warum Berlin eine politische Stadt ist. Wenn die bei diesen Reisen gemachten Erfahrungen eine Lehre bieten, dann vielleicht die, dass in scheinbar verfahrenen Situationen neue, radikale Sichtweisen oft geholfen haben, Probleme zu überwinden.

Wer die aktuellen Regierungserklärungen betrachtet, findet viele richtige und wichtige Punkte. Zugleich wirken diese Dokumente wie ein Sammelsurium aktueller Befindlichkeiten, denen es an konsequenter Gestaltung mangelt. Das ist vielleicht das Hauptmanko.

Dem beliebig wirkenden Nebeneinander zahlloser Einzelpunkte fehlt der ernsthafte Versuch, klare Prioritäten zu setzen. Anders herum: Vielleicht würde es zunächst einmal helfen, all jene Themen und Punkte auszusortieren, um die sich eine Stadtregierung nicht mehr kümmert – und dies auch klar und deutlich zu sagen.

Klare Prioritäten, offener Dialog und konsequente Umsetzung – am Ende banale Dinge. Wer sie konsequent nutzt und anwendet, wird die Stadt aus der Krise führen. Noch eine Lehre bietet die Reise durch Berlin. Unter der Oberfläche der Stadt brodelt es ständig. Berlin ist ein Phoenix, dem es immer wieder gelingt, aus der eigenen Asche emporzusteigen – eine permanente Bühne des Wandels.

Natürlich ist es leichter zu kritisieren, als konstruktive Vorschläge zu machen und auch dieser Arbeit lässt sich dies vorwerfen. Dass die hier en passant formulierten Vorschläge nicht weiter gehen, hat dennoch gute Gründe.

Zum einen mangelt es nicht an Gutachten von Unternehmensberatern, Ideen aus der Wissenschaft und Ratschlägen der Presse.

Zum anderen – und wichtiger – führt es methodisch in die Irre, fern der Praxis ausgefeilte Reformprogramme zu formulieren. Gerade in der Politik gilt: Die Praxis ist das Kriterium aller Theorie. Es ist deshalb sinn- und wirkungsvoller, einige wenige Grundvorstellungen zu entwickeln – und die sind hier skizziert worden – und dann in kleinen Schritten und ständig das Echo und die Wirkungen dieser Schritte berücksichtigend in die anvisierte Richtung zu gehen. Die Skizze einer Vision ist dabei un-

### **Berlin Berlin**

Wer die aktuellen Regierungserklärungen betrachtet, findet viele richtige und wichtige Punkte. Zugleich wirken sie wie ein Sammelsurium aktueller Befindlichkeiten, denen es an konsequenter Gestaltung mangelt. Das ist vielleicht das Hauptmanko. Dem beliebig wirkenden Nebeneinander zahlloser Einzelpunkte fehlt der ernsthafte Versuch, klare Prioritäten zu setzen.



Anders herum:

Vielleicht würde es zunächst einmal helfen, all jene Themen und Punkte auszusortieren, um die sie eine Stadtregierung nicht mehr kümmert – und dies auch klar und deutlich zu sagen. In Krisen funktioniert das, bislang aber nur in Krisenzeiten.

Klare Prioritäten, offener Dialog und konsequente Umsetzung – am Ende banale Dinge. Wer sie konsequent nutzt und anwendet, wird nicht nur Berlin aus der Krise führen.



verzichtbar wer sie aber als opulentes Ölbild ausmalt und ihr dann folgt, wird bald feststellen, dass das Licht am Ende des Tunnels nichts weiter als eine Panoramatapete ist.

Wahrscheinlich steht die Stadt sogar kurz vor dem entscheidenden Schritt. Wahrscheinlich ist die bahnbrechende Rede schon in Arbeit. Wenn die Anzeichen nicht trügen, sitzt der Regierende Bürgermeister von Berlin in diesem Augenblick an seinem Schreibtisch und formuliert: „Liebe Berlinerinnen und Berliner, ich wende mich an Sie und alle anderen Menschen, die in der Stadt leben oder denen Berlin wichtig ist. Wie ist die Lage der Stadt?“

Seit 1989 entlassen aus dem doppelten Käfig des gespaltenen Europa, blickt Deutschlands einzige Metropole nach wie vor verwirrt in die Gegenwart und reibt sich ungläubig die Augen wie ein ins Freie tretender Häftling. Tastend sucht Berlin seine neue Rolle, probiert Ansprüche, lernt das Gehen neu, die vollmundigen Verheißungen der neunziger Jahre noch im Ohr. ‚Zukunft‘ hieß damals die massenhaft in Umlauf gesetzte Losung: modernste Architektur, weltstädtisches Flair, Hauptstadt, Drehscheibe zwischen Ost und West, Kulturmetropole. Mehr als eine Dekade seit der unerwarteten Vereinigung hat die Stadt zurückgelegt. Durchatmen, zurücksehen, nach vorn blicken.“